Imperialismus bedeutet Krieg Seite 5

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr.3 vom 18. Januar 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Tarifbewegung Metall,ÖTV

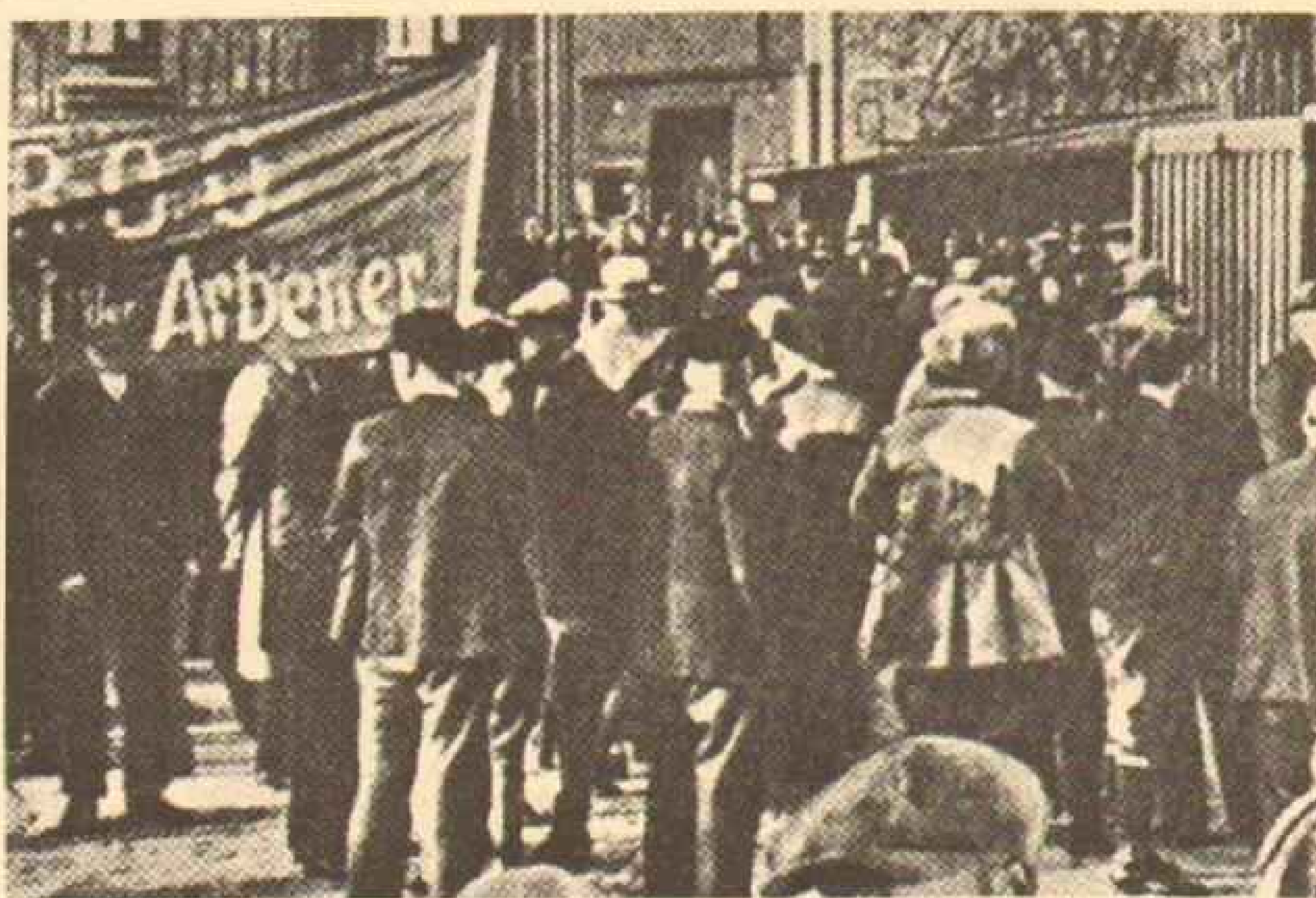
Spaltungsmanöver des DGB sollen Kampf verhindern

Wie schon bei der Stahltarifrunde angekündigt, sollen die Kollegen aus der Metallindustrie und aus dem „öffentlichen Dienst" noch weniger Geld bekommen als ihre Stahlkollegen. 6% ist das „Angebot" der Metallkapitalisten! „Entschieden weniger als 10% ist die Stellungnahme der Bundesregierung zum Tarifabschluß für die Kollegen des öffentlichen Dienstes. Wirtschaftsminister Wertz von Nordrhein-Westfalen erklärte sogar frech, mehr als 4% seien in seinem Etat nicht eingeplant für Lohnerhöhungen.

Dieses „Angebot" der Kapitalisten und des kapitalistischen Staates bedeutet bei der wachsenden Teuerung einen offenen Angriff auf den bisherigen Reallohn der Kollegen. Vertreter der Großen Tarifkommission der IG Metall haben inzwischen schon erklärt, sie fänden diese 6% „diskutabel". Es ist also offensichtlich, daß Kapitalisten, DGB-Apparat und der kapitalistische Staat gemeinsam dafür kämpfen werden, eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durchzusetzen, um die Profite der Kapitalisten auch in der Krise zu sichern.

Nachdem die Forderung der IG Metall zunächst bei 11-12% gelegen hatte (was natürlich auch nicht den Forderungen der Kollegen entsprach) übernahm es Steinkühler, Vorstandsmitglied der IGM, Anfang der letzten Woche, den „Kompromiß" mit den Metallkapitalisten vorzubereiten. Er erklärte, in Baden-Württemberg gäbe es einerseits Betriebe, die die Forderung der IGM dort (60 DM und 7%) wegen ihrer wirtschaftlichen Lage nicht zahlen könnten, andererseits aber gäbe es Betriebe, die viel mehr zahlen könnten. Deshalb seien gesonderte Tarifabschlüsse das Beste für die Kollegen. Dieser Vorschlag unterscheidet sich im Prinzip nicht von der Argumentation, die die Gewerkschaftsbonzen bei der Stahltarifrunde auftischten: In der Stahl- und in der Metallindustrie sei die „wirtschaftliche Lage" völlig anders, deshalb müßten auch die Tarifabschlüsse anders aussehen. Daß die Arbeiter sich mit „bescheidenen" Lohnforderungen vor den Karren der Kapitalisten spannen sollen, das ist der Kern solcher Politik. Deshalb fand trotz allen Lamentis von DGB-Vertretern und modernen Revisionisten über die „Angriffe auf die Gewerkschaftseinheit", die Steinkühler gestartet habe, der springende Punkt seines Vorschlages auch Unterstützung. Mayr, vom Vorstand der IGM, sprach von geplanten „Zusatzverhandlungen" nach dem allgemeinen Tarifabschluß. Die D'K'P beeilte sich in einem Kommentar in der UZ ebenfalls zu erklären, daß mit den Tarifverhandlungen nicht alles gelaufen sei und vertröstete die Arbeiter auf Betriebsvereinbarungen.

Es ist offensichtlich, daß mit solchen Parolen die Kollegen vom Kampf für die Durchsetzung ihrer Interessen abgehalten werden sollen, daß sie in Arbeiter von „wirtschaftlich guten" und „wirtschaftlich schlechten" Betrieben gespalten werden sollen.



1930: Berliner Metallarbeiter streiken gegen Lohnraub und wachsende Verelendung. Wie heute der DGB-Apparat war auch der FDGB-Apparat ein Instrument der Kapitalisten. Immer größere Teile der deutschen Arbeiterklasse schlossen sich in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zusammen.

ÖTV-Boß Kluncker sagte völlig offen: „Bei aller Härte der Interessenvertretung haben wir jedoch nie unsere Gesamtverantwortung aus den Augen verloren." Das ist allerdings wahr! Noch nie haben die Vertreter des DGB-Apparats etwas anderes im Auge gehabt, als die Durchsetzung der Profitinteressen des Kapitals. Deshalb gibt es für die Arbeiter keine andere Möglichkeit, einen Lohnraubabschluß „entschieden unter 10%" zu verhindern, als sich im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital, den DGB-Apparat und den kapitalistischen Staat zusammenzuschliessen.

Westdeutsche Imperialisten

Grossmachtträume wie eh und je

Seit den letzten Auftritten von Bundeskanzler Schmidt in England und in den USA sowie auf der letzten Gipfelkonferenz, wo die westdeutschen Imperialisten sich in die Brust warfen, eine der größten und stabilsten Wirtschaftsmächte des Westens zu sein, ist das Hegemoniegeschrei der westdeutschen Imperialisten noch lauter geworden. Mit Hilfe des US-Imperialismus und mit politischer Unterstützung des sowjetischen Sozialimperialismus sehen sie eine reale Möglichkeit, die Führung in der Europäischen Gemeinschaft an sich zu reißen, die alten Pläne des deutschen Imperialismus Stück für Stück zu verwirklichen.

„Ohne Bonn geht vieles nicht mehr, keine weltwirtschaftlich bedeutsame Entscheidung der Industriestaaten kann fallen, ohne daß die Bundesrepublik aktiv eingreift und zustimmt", tönt „Der Spiegel" in chauvinistischer Begeisterung. Und Kanzler Schmidt prahlt dazu mit dem Einfluß auf das Weltwährungssystem: „In einer solchen Frage ist natürlich die Bundesrepublik Deutschland eine Weltmacht. Und ihre Bedeutung ist hier nicht kategorisch verschieden von derjenigen der Vereinigten Staaten." Der Traum, eine Weltmacht zu werden – ob zur Zeit des Kaiserreiches, der faschistischen Hitlerdiktatur oder heute – war und bleibt der Traum des deutschen Imperialismus. Klarer als je zuvor in den letzten 25 Jahren haben die westdeutschen Imperialisten in den letzten Wochen ihre Ansprüche auf Vorherrschaft und Macht zum Ausdruck gebracht. Am 29. Dezember verkündete Außenminister Genscher: Westdeutschland müsse im Atlantischen Bündnis und in der EG eine seiner geographischen Lage, seinem wirtschaftlichen Potential und seiner politischen Stabilität angemessene Rolle spielen. Am Tag zuvor forderte der westdeutsche EG-Kommissar in Brüssel, Brunner, von den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, daß Bonn die Führung in der EG übernähme, wobei er Unverfrorenheit genug besaß, von der „historischen Rolle" der Bundesrepublik in Europa zu sprechen.

Fortsetzung auf Seite 7

Vietnam/Kambodscha

Schwere Niederlage für US-Aggressoren

Nach der Befreiung der Stadt Phuoc Binh durch die Volksstreitkräfte haben die amerikanischen Imperialisten ihre verbrecherischen und aggressiven Handlungen gegen das vietnamesische Volk verstärkt. Das Auslaufen des Flottenverbandes mit dem Flugzeugträger „Enterprise" an der Spitze in Richtung Vietnam, die Ankündigung Fords, die Militärhilfe für das Thieu-Regime von 700 Millionen Dollar auf eine Milliarde zu erhöhen, die Verstärkung der Aufklärungsflüge von US-Flugzeugen über den befreiten Gebieten und der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) – all das sind offene Verletzungen des Pariser Abkommens durch die USA-Imperialisten.

Am 8. Januar starteten Flugzeuge der Thieu-Clique, die von amerikanischen Aufklärungsflugzeugen geleitet wurden, 40 Luftangriffe auf die Stadt Loc Ninh in den befreiten Gebieten. Sie bombardierten, z. T. mit Napalm, den Markt, die Straßen und Wohnviertel der Stadt, zerstörten Hunderte von Wohnungen und ermordeten und verwundeten Dutzende von Menschen, meistens Greise, Frauen und Kinder.

Zur Rechtfertigung der Verstärkung ihres militärischen Eingreifens und ihrer mörderischen Angriffe auf das Leben, die Gesundheit und den Besitz der Bevölkerung in den befreiten Gebieten, behaupteten die USA-Imperialisten unverfroren, all das sei eine völlig gerechtfertigte Antwort auf den „flagranten Bruch" des Pariser Abkommens durch die Provisorische Revolutionsregierung und die Regierung der DRV. Ihre ganze Demagogie zielte daraufhin, sich selbst und ihr Werkzeug, die Thieu-Clique, als die wahren „Unschuldslämmer" hinzustellen, als „mutige Kämpfer", die von einem „rücksichtslosen", übermächtigen Feind angegriffen worden sind. Aber aus schwarz kann man nicht weiß machen und trotz aller Demagogie kennen die Völker der

Fortsetzung auf Seite 9

AUS DEM INHALT

Zwei deutsche Nationen? Eine chauvinistische Theorie des Kreml .... S. 2
Im Verlauf des Jahres 1974: Größere Entlarvung des SU-Imperialismus ..... S. 2
Pferdewechsel bei VW: Schmücker droht mit neuen Massenentlassungen S. 3
Arbeitsgerichtsprozeß Lindenau ..... S. 3
„Öldollar-Recycling": Betrug an Erdölländern .... S. 4
Imperialismus bedeutet Krieg .... S. 5
Üble Hetze der GRF-Führer gegen RAF-Genossen .... S. 6
Antikriegstagsprozeß in München ...... S. 6
Revolutionäre KP Chiles: Das geeinte Volk wird siegen .... S. 8
Grußadresse an den CISNU-Weltkongreß .... S. 8
Die Feinde der arabischen Völker setzen ihre Drohungen fort .... S. 8
Erklärung des ZK der KP Thailands ... S. 9
12 000 Arbeiter Südafrikas im Streik . S. 9

Zwei deutsche Nationen?

Eine chauvinistische Theorie des Kreml

Mit der Änderung der Verfassung hat die revisionistische neue Bourgeoisie in der DDR auf Befehl Moskaus – auf dem Papier – das deutsche Volk und die deutsche Nation für den Bereich der DDR abgeschafft und sich ein neues Volk geschaffen – „Volk der DDR".

Mit diesem Gewaltakt ist sie allerdings auf erheblichen Widerstand bei den Werktätigen der DDR gestoßen. So sah sich Honecker in seiner Rede bei der 13. Tagung der Führungsclique der „S"ED im Dezember genötigt, folgendes festzustellen: „Es gibt also keinen Platz für irgendwelche Unklarheiten beim Ausfüllen von Fragebogen, die hier und da benötigt werden. Die Antwort auf diesbezügliche Fragen lautet schlicht und klar und ohne jede Zweideutigkeiten: Staatsbürgerschaft – DDR, Nationalität – deutsch."

Dieser staatlich befohlene Unsinn von deutschen Bürgern ohne deutsche Nation ist ein anschauliches Beispiel dafür, in welche Widersprüche sich die revisionistische Führungsclique der DDR bereits verstrickt, seitdem sie nach dem Verrat am Sozialismus die DDR zu einem ausgeplünderten, unterdrückten und besetzten Vasallenstaat der sowjetischen Sozialimperialisten gemacht hat.

Die revolutionäre SED und die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins haben genau wie die revolutionäre KPD die Haltung vertreten, die alle Marxisten-Leninisten zur nationalen Frage einnehmen. In der Erklärung des Zentralkomitees zur nationalen Frage ist sie folgendermaßen zusammengefaßt: ***„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums und der sich in der Gemeinsamkeit der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart."***

Auf der Grundlage dieser korrekten Haltung bekämpften die SED und die KPD die Gründung der Bundesrepublik, die den Wiederaufbau des deutschen Imperialismus unter amerikanischer Vorherrschaft zum Ziel hatte, als Spaltung der deutschen Nation. Auf dieser Grundlage wurde der Wille des deutschen Volkes zur Einheit von den Kommunisten in Ost und West als wichtiger Hebel zur Vertreibung des US-Imperialismus, zum revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes und zur Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland gefördert. Auf dieser Grundlage gründete sich die DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation".

Und nun soll es also auf einmal keine deutsche Nation, sondern nur noch die „kapitalistische Nation" im Westen und die „sozialistische Nation" im Osten geben? Nun sollen also auf einmal Mitglieder ein und derselben Familie, nur weil die einen in Hamburg und die anderen in Leipzig wohnen, zwei verschiedenen Nationen angehören? Die Honeckerclique in der DDR behauptet, mit ihrer Verfassungsänderung lediglich zu Papier gebracht zu haben, was die Geschichte längst entschieden habe. Nun gut, sehen wir uns diese Geschichte an.

Solange die Sowjetunion und die DDR sozialistische Staaten waren, achtete die Sowjetunion das deutsche Volk und achtete und schützte gleichzeitig die Souveränität des „sozialistischen Staates deutscher Nation", der DDR. Mit der Machtergreifung durch die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion änderte sich das allerdings schlagartig. Die sowjetischen Sozialimperialisten traten die staatliche Souveränität der DDR mit Füßen, setzten sie als Ware bei ihren Verhandlungen mit den amerikanischen Imperialisten ein und verschacherten sogar einen Teil des Territoriums der DDR, Westberlin, an die westdeutschen Imperialisten. Gleichzeitig begannen sie die DDR über die RGW unter den berüchtigten Schlagworten der „Koordination", der „gegenseitigen Hilfe" und der „internationalen Arbeitsteilung" auszuplündern und die selbständige Wirtschaft der DDR zunehmend in ein Anhängsel der sowjetischen Wirtschaft zu verwandeln. Über den Warschauer Pakt, den sie in ein aggressives Instrument zur Durchsetzung ihrer hegemonistischen Ziele verwandelten, kommandieren sie heute die Streitkräfte der DDR. Sowjetische Streitkräfte halten die DDR besetzt, die heute eine wichtige Funktion als Aufmarschgebiet der sowjetischen Sozialimperialisten gegen Westeuropa besitzt. **Die DDR wurde aus einem souveränen sozialistischen Staat praktisch zu einer Kolonie der SU-Imperialisten.**

Wie die andere Supermacht, die USA-Imperialisten auch, haben die sowjetischen Sozialimperialisten sich verschiedene Lügen ausgedacht, um ihre Politik der Unterdrückung der Völker zu bemänteln. **Dazu gehört die Theorie der „Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager". In ihrem Zusammenhang ist auch die Lüge der sowjetischen Sozialimperialisten über das Ende der deutschen Nation und das Entstehen der „kapitalistischen Nation" im Westen und der „sozialistischen Nation" im Osten zu sehen.**

In einem Artikel der Zeitung „Volksarmee" versuchen die Revisionisten, dieser aus der Logik einer imperialistischen Supermacht geborenen Theorie ein marxistisch-leninistisches Mäntelchen umzuhängen. Das Entscheidende bei allem, so behaupten sie, sei der Klassenkampf. Auch bei der nationalen Frage. Deshalb sei das entscheidende Kriterium der Nation, ob sie sozialistisch oder kapitalistisch sei und nicht irgendeine andere Frage. Das hört sich sehr „radikal" an, ist in Wirklichkeit aber nichts als ein fauler Trick und faschistische Großmachtpropaganda.

Natürlich gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Nation. Während die bürgerliche Nation von Klassenantagonismen zerrissen ist, während sie in grundsätzlicher Feindschaft zu anderen Nationen steht, während die nationale Kultur verfälscht bzw. dem Volk vorenthalten wird, das Schicksal der bürgerlichen Nation also untrennbar mit dem Schicksal des Kapitalismus verbunden ist, wird in der sozialistischen Nation das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei zur größtmöglichen Einheit geführt, wird die Freundschaft zu anderen Nationen, aber auch die eigene nationale Kultur zum ersten Mal voll entwickelt.

So richtig also der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Nation ist, auf den die modernen Revisionisten lautstark pochen, so falsch ist er als

Fortsetzung auf Seite 4

Im Verlauf des Jahres 1974

Offenere Entlarvung der SU-Imperialisten

Ende Dezember 1974 zeigte die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua in einem Artikel, daß das Jahr 1974 ein Jahr der verschärften Rivalität zwischen den beiden Supermächten um die Hegemonie in der Welt war und zugleich ein Jahr, in dem die Völker der Welt mit größerer Klarheit als zuvor das wahre imperialistische Gesicht der sowjetischen Sozialimperialisten erkannten. An acht Punkten wird darauf im Einzelnen eingegangen.

I. Die sowjetischen Revisionisten fahren fort, auf internationalen Konferenzen die Rolle eines Oberherren zu spielen und äußerst schädliche Taktiken anzuwenden. Von vielen Ländern der Dritten Welt schonungslos entlarvt, sind sie jedoch grundlegend isoliert worden.

Um zu verschleiern, daß sie die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker sind, wandten sich die sowjetischen Revisionisten auf der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung im letzten April gegen alle Anstrengungen der anderen Delegationen, zwischen armen und reichen Ländern zu unterscheiden. Sie widersetzten sich hartnäckig der Errichtung einer neuen internationalen wirtschaftlichen Ordnung und gingen mit unverschämten Unterdrückungsmaßnahmen vor, um ihre kolonialen Interessen gegen die Völker der Dritten Welt durchzusetzen. Auf der Seerechtskonferenz, die vom Juni bis August dieses Jahres stattfand, spielten sie besonders laut das imperialistische, Lied von der sogenannten „freien Seefahrt" und plädierten für die „freie Schiffahrt", den „freien Fischfang" und die „Freiheit der Luft". Zuerst sprachen sie offen gegen die 200 Seemeilen-Zone. Als dann aber diese Zone von den Ländern der Dritten Welt anerkannt wurde, versuchten sie mit übelster Sabotage, das Wesen dieser Frage zu vertuschen. Sie kritisierten dann den Vorschlag der „Gruppe der 77", blockierten ihn sogar und versuchten mit allen Mitteln, die Seeherrschaft der Supermächte zu verteidigen.

Auf der Weltbevölkerungskonferenz im letzten August gingen sie sogar so weit, die längst widerlegte Bevölkerungstheorie von Malthus erneut anzupreisen und versuchten voller Doppelzüngelei, die Wurzeln für Armut und Hunger in den Ländern der Dritten Welt – und damit ihre eigenen Verbrechen – zu vertuschen. Das waren jedoch nutzlose Versuche, um die Völker der Dritten Welt von ihrem Widerstand gegen die Hegemonie auf diesen Konferenzen abzubringen. Auf all diesen Konferenzen bemühten sich die sowjetischen Revisionisten, das schmutzige Thema „Entspannung" und „Abrüstung" den anderen aufzuzwingen und solche Ideen in die Dokumente der Konferenzen einzuschmuggeln, um die Völker in eine Sackgasse zu führen.

Der reaktionäre Standpunkt der sowjetischen Revisionisten, der gegen die Dritte Welt gerichtet ist, rief großen Unwillen und Widerstand unter vielen Ländern der Dritten Welt hervor. Auf der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung schlossen sich die Völker der Dritten Welt in entschlossenem Widerstand gegen die beiden Supermächte zusammen. Die sowjetischen Revisionisten scheiterten mit all ihren Ränken. Sie gerieten in Isolation und erlitten bisher ungekannte Niederlagen in der UNO. Auf der Seerechtskonferenz wurden ihre eigentlichen Absichten von vielen Delegationen durchschaut. Der Vertreter von Peru erklärte, die Sowjetunion spiele auf dieser Konferenz die Rolle eines „trojanischen Pferdes". In jeder Beziehung zeigten die Völker, daß sie die „Friedenspsalmen" satt haben, die Moskau ihnen vorsingt.

II. Die sowjetischen Revisionisten verstärken ihren Kampf mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa. Dabei wurde ihre Taktik, einen Scheinangriff im Osten zu unternehmen, während sie den Westen angreifen, immer klarer. Mehr und mehr europäische Staaten erhöhen ihre Wachsamkeit gegenüber den sowjetischen Revisionisten.

Seit Beginn des Jahres legten die sowjetischen Revisionisten Lippenbekenntnisse zur „Entspannung" in Europa ab und drückten ihre „Besorgnis" über die Sicherheit in diesem Gebiet aus. Aber zu genau derselben Zeit verstärkten sie das Wettrüsten in großem Maßstab und wetteiferten mit den US-Imperialisten um die nukleare Überlegenheit. Sie liessen nichts unversucht, um ihre Truppen und die Schlagkraft der konventionellen Waffen in Mitteleuropa zu verstärken. Sie erhöhten die Anzahl ihrer Luftwaffen und Raketeneinheiten beträchtlich und ersetzten alte durch neue. Sie schufen eine gespannte Lage auf dem Balkan, indem sie wiederholt Truppen dorthin verlegten und militärische Manöver abhielten, wobei sie mehrere Länder direkt unterdrückten und offene Pläne schmiedeten zum Umsturz souveräner Staaten. Durch ihre verstärkten militärischen und diplomatischen Aktivitäten im Mittelmeergebiet und im Nahen Osten, der europäischen Flanke, haben die sowjetischen Revisionisten die Unsicherheit in diesem Gebiet erheblich erhöht.

Diese Politik hatte aber auch zum Ergebnis, daß viele europäische Staaten die vielgepriesene „Entspannung" in Europa, wie sie die sowjetischen Revisionisten proklamieren, mit einem Fragezeichen versahen. Viele haben auch das Manöver, einen Scheinangriff im Osten zu unternehmen, während es ihnen in Wirklichkeit darum geht, dem Westen einen Schlag zu versetzen, um so die Vorherrschaft in Europa zu erlangen, besser durchschaut. Sie haben erkannt, daß die „Sowjetunion ihre Truppen in ihrem Brennpunkt Europa konzentriert und daß die sowjetischen Truppen ausgebildet werden entsprechend dem Plan, daß die Offensive von Europa ausgehen wird. Daß sie deshalb im Hinblick auf Westeuropa als Kampfschauplatz bewaffnet, ausgerüstet und organisiert werden." Diese Tatsachen waren es auch, die die „Europäische Sicherheitskonferenz" und die „Konferenz über die Abrüstung in Mitteleuropa" ins Stocken gebracht haben. Unter den westeuropäischen Ländern ist der Argwohn und die Alarmbereitschaft gegenüber den wilden expansionistischen Zielen der sowjetischen Revisionisten gestiegen. Erst vor einigen Monaten wurde in Jugoslawien eine Geheimorganisation entdeckt, die gegen die Regierung arbeitete und dabei von den sowjetischen Revisionisten unterstützt und aufgehetzt wurde. Die Mitglieder dieser Organisation wurden nach dem geltenden Recht streng bestraft. Das war ein schwerer Schlag für die intriganten Absichten der sowjetischen Revisionisten.

III. Die sowjetischen Revisionisten erlauben die Auswanderung sowjetischer Juden, weil das ihren eigenen Zielen dient und untergraben so den Kampf der arabischen Völker. All das hat den Völkern die verbrecherische Natur der sowjetischen Sozialimperialisten gezeigt.

Es ist nicht neu, daß die sowjetischen Revisionisten Juden nach Israel schicken. In den vier Jahren seit 1970 sind über 100 000 sowjetische Juden nach Israel geschickt worden. Neu in diesem Jahr ist dagegen, daß die sowjetischen Revisionisten diese Auswanderung benutzt haben, um ein sehr profitables Geschäft mit der anderen Supermacht abzuschließen. Arabische Zeitungen enthüllten, daß die Sowjetunion, um in den Genuß der „Meistbegünstigungsklausel" mit den USA zu gelangen, zusagte, in jedem Jahr mehr Juden nach Israel auswandern zu lassen. Die Öffentlichkeit in den arabischen Ländern hat diesen hinterhältigen Handel, der direkt gegen den Kampf der arabischen Völker gerichtet ist, scharf verurteilt. So schrieb die ägyptische Zeitung „Al Ahram" („Pyramiden"): „Die Entscheidung der Sowjetunion könnte man interpretieren als die indirekte Erlaubnis für die sowjetischen Juden, gegen die Araber zu kämpfen." Und die kuweitische Zeitung „Al-rai al-aam" („Öffentliche Meinung") sagte: „Es handelt sich um ein Komplott, das die USA und Rußland gemeinsam gegen die arabischen Völker schmieden." Die anderen üblen Maßnahmen der sowjetischen Revisionisten im Nahen Osten sind bereits vollständig entlarvt. Sie häuften auf unrechtmäßige Weise Reichtum an, indem sie dem Nahen Osten Waffen verkauften und ihn andererseits mit Schulden von früheren Käufen erpreßten. All das hat

Fortsetzung auf Seite 7

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Rund 900 Freunde und Genossen kamen am 5. 1. 75 zur Großveranstaltung der KPD/ML Westberlin mit Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden der KPD/ML. Nachdem ein Westberliner Genosse in seiner Rede über die Entwicklung der Parteiarbeit im letzten Jahr besonders auf den Kampf gegen die revisionistisch-trotzkistische Linie der GRF eingegangen war, zeigte der AP-Trupp „ROTER MORGEN" in einem Theaterstück am Beispiel einer Zelle der alten KPD den Kampf gegen den Revisionismus und die Notwendigkeit der Neugründung einer echten marxistisch-leninistischen Partei auf.

Der Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede des Genossen Ernst Aust, der auf einige wichtige Fragen des Parteiaufbaus einging. Er wies auf die gewachsene Stärke der Partei hin, die sich nicht nur in der wachsenden Zahl der Betriebszeitungen ausdrückt, sondern auch in der Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei. Nachdrücklich betonte er, daß das Entscheidende beim Aufbau der Partei die Qualität der Partei ist, ihr Festhalten an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und ihre tiefe Verankerung in den Massen. Ist ihre politische Linie richtig, wird die Partei ideologisch korrekt aufgebaut, dann wird sie auch neue gute Genossen in ihre Reihen aufnehmen können.

Genosse Ernst zeigte dann, wie sich die Partei und ihr Programm im Kampf gegen den modernen Revisionismus und Opportunismus entwickelten, von der Gründung der Partei bis heute, wo noch in diesem Jahr auf dem 3. Parteitag der KPD/ML, nach gründlicher Diskussion in der Partei und den Massen, das Programm der Partei verabschiedet werden soll. Eine anschließende Spendensammlung für die Partei ergab 2 177,54 DM.

BIELEFELD

Im Januar erschien die erste Nummer der Betriebszeitung „Die Rote Presse" für die Kollegen bei Rheinstahl in



Bielefeld. Der Leitartikel geht auf die gegenwärtige Krise mit Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und verschärfter Arbeitshetze ein und zeigt den Kollegen den Weg des revolutionären Klassenkampfes. In einem anderen Artikel, der auf „Querträger", die Zeitung der D'K'P-Revisionisten eingeht, erklären die Genossen den Verrat der modernen Revisionisten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub und Teuerung. Weiter enthält die Zeitung einen Artikel über die Rolle des DGB-Apparats und über die offenen Faschisten. Außerdem fordern die Genossen die Kollegen auf, gegen den geplanten Schreibtischmord an Genossen Sascha Haschemi den Kampf zu führen.

FRIEDRICHSHAFEN SINGEN

Vor kurzem wurde in Friedrichshafen die ROTE GARDE gegründet. Sie entstand vor allem im ideologischen Kampf gegen die opportunistische Linie des 'K'BW.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Pferdewechsel bei VW

Schmücker droht mit neuen Massenentlassungen

Leiding geht, Schmücker kommt – Lohnraub, Arbeitshetze, Rationalisierung, Kurzarbeit und Entlassungen bleiben bestehen und werden noch mehr verschärft. Wie in der gesamten Automobilindustrie, in der bereits die Massenentlassungen von 60 000 Arbeitern angekündigt sind, vertieft sich auch die Krise bei VW weiter. Für die Arbeiter und Angestellten dieses größten westdeutschen Konzerns bedeutet das neue Angriffe auf ihre Lebenslage: Vor allem Kurzarbeit und Massenentlassungen.

Um diese Angriffe gegen die Kollegen durchzuführen, ist der „neue Mann" bei VW, der ehemalige Rheinstahlchef Schmücker gerade recht. Nicht umsonst loben ihn die bürgerlichen Zeitungen als einen Mann, der „hart zupacken" kann, der mit dem „eisernen Besen kehren" wird, als „General, der VW wieder auf Vordermann" bringen soll. In seiner Zeit als Rheinstahlchef sind in wenigen Jahren mehrere tausend Kollegen auf die Straße gesetzt worden und bei der Fusion von Rheinstahl und Thyssen wurden weitere Kollegen entlassen.

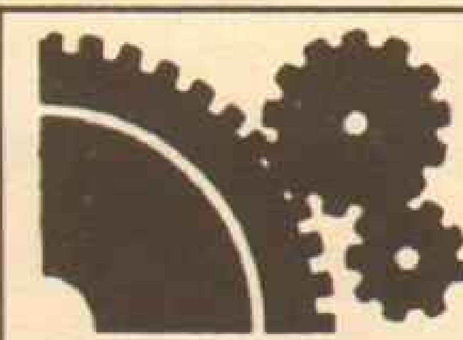
Die Tatsache, daß die Kapitalisten Schmücker zum Vorstandsvorsitzenden von VW gemacht haben, zeigt, daß sie in der sich verschärfenden Krise rücksichtlos die Ausbeutung und die Angriffe auf die Arbeiter verschärfen werden. Kaum waren die Kollegen nach dreieinhalbwöchiger Zwangspause am 10. Januar an die Bänder zurückgekehrt, erklärte Schmücker in seinem ersten Interview: Werksschließungen sind im Gespräch, und er betonte, daß der „Schrumpfprozeß im Gange ist." **Angesichts der Tatsache, daß die Produktionskapazität nur noch zu 60% ausgelastet ist, planen die VW-Bosse entweder die Schließung ganzer Werke, vor allem der in Emden und Braunschweig oder die Stillegung verschiedener Werksteile in allen sechs VW-Betrieben.** Nachdem seit dem Einstellungsstop vom Februar vergangenen Jahres schon 14 000 Kollegen entweder durch „Abfindungsverträge" oder durch „normalen Abgang" auf die Straße gesetzt worden sind, bedeuten diese Pläne Arbeitslosigkeit für weitere zehntausende Kollegen. Und für diejenigen, die an den Bändern bleiben, soll die Parole gelten: Schneller arbeiten, mehr arbeiten, um den Umsatz zu steigern und den Kapitalisten maximale Profite zu verschaffen. So wurden z.B. schon jetzt in der Transport-Fertigmontage im Werk Hannover die Bänder schneller gestellt.



BETRIEBSZEITUNG FÜR VW DER KPD / MARXISTEN - LENINISTEN

Die VW-Bosse können sich bei ihren Angriffen gegen die Arbeiterklasse voll auf die Unterstützung und die Hilfe des IGM-Apparats verlassen. Die Tatsache, daß die IGM-Bonzen mit Loderer an der Spitze gemeinsam mit Vertretern des Bundes und des Landes Niedersachsen im VW-Aufsichtsrat die Mehrheit der Plätze besetzt halten, beweist zur Genüge, daß sie selbst an der Spitze der Angriffe gegen die Arbeiter stehen. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende Birnbaum hat das in einem Interview selbst bekräftigt, als er erklärte: „**Aber bei offener und eingehender Beratung mit den Gewerkschaften wird ein Vorstand nach meiner Erfahrung immer das tun können, was er für geboten hält.**"

Um den Klassenfrieden aufrechtzuerhalten, haben die VW-Bosse in den vergangenen Jahren VW immer als „nationales Symbol" hingestellt, dessen „Wohlergehen' im gemeinsamen Interesse der Arbeiter und Kapitalisten liegen würde. Und wenn die modernen Revisionsiten der D'K'P jetzt die Trommel für die „Stärkung der Massenkaufkraft" rühren, so verbreiten sie, auch wenn sie geschickt an der Notwendigkeit des Kampfes für höhere Löhne anknüpfen, die gleiche Illusion von den gemeinsamen Interessen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. **Entgegen dieser Demagogie erkennen die Arbeiter aber angesichts der sich verschärfenden Krise, daß sie keine gemeinsamen Interessen mit den Kapitalisten haben. Der Weg, den sie gehen müssen, ist, sich im revolutionären Klassenkampf gegen Lohnraub, Teuerung und Arbeitslosigkeit, gegen den Kapitalismus und seine Handlanger zusammenzuschließen.**



Arbeiterkorrespondenzen



Wiesbaden: Kurzarbeit, Akkordverschärfung, Lohnraub

Der Lermer Apparatebau in Wiesbaden mit 250 Beschäftigten hat ab 1. Januar die Akkorde bis zu 37,5% verschärft. Gleichzeitig wurde die Anwesenheitsprämie, die 60 Pfg. die Stunde betrug, gestrichen.

Werden etwa die Arbeitsplätze sicherer, wenn die Kollegen jetzt mehr und härter arbeiten müssen? Keineswegs! Gleichzeitig hat der Betrieb in einem Teil des Werkes Kurzarbeit eingeführt.

Der Unterdrückungscharakter des IGM-Apparates hat sich dabei klar entlarvt. Die Streichung der

Das bedeutet: wenn Arbeiter bisher eine Stunde für eine Sache gearbeitet haben, müssen sie jetzt die selbe Arbeit in 38 Minuten tun. Jeder, der selbst Akkord arbeitet, weiß, daß das eine unerträgliche Knochenmühle ist. Nicht nur, daß die Kollegen die 25% Akkordzulage verlieren, wenn sie den Akkord nicht schaffen, sie verlieren außerdem die Anwesenheitsprämie, die für einen Arbeiter etwa 100 DM im Monat ausmacht.

Anwesenheitsprämie wurde von dem Betriebsrat ohne mit der Wimper zu zucken unterschrieben. Das begründete er mit der Stabilität der Arbeitsplätze. Gleichzeitig stimmte er der Kurzarbeit zu. Man sieht also wieder: Lügen haben kurze Beine.

Unsere Antwort auf diesen verschärften Angriff kann nicht sein, die Schnauze zu halten und noch schneller zu arbeiten, denn dadurch werden weder Kurzarbeit und Entlassungen verhindert, noch bekommen wir mehr Geld, das wir bei der Teuerung bitter nötig brauchen. Unsere Antwort muß heißen, diese Provokation solidarisch zurückzuweisen und letztlich auf den Sturz dieses Ausbeutungssystem, auf die sozialistische Revolution hinzuarbeiten.

Rot Front RG/Wiesbaden

Wochenlang auf das Arbeitslosengeld warten

Am 2. Januar war ich auf dem Hamburger Arbeitsamt, um mich arbeitslos zu melden. Man ist ja einige Warterei von Behörden her gewohnt, aber das stellte alles bisherige in den Schatten. Vier Stunden lang wurde ich von Büro zu Büro geschickt und es hätte bestimmt noch länger gedauert, wenn ich nicht Tumult gemacht hätte. Das ganze Amt wimmelte von Arbeitslosen. Viele Kollegen stellten auch neue Vermittlungsanträge. Ich schätze, daß an diesem Tag mindestens 200 Kollegen arbeitslos geworden sind. Es kamen auch immer wieder Kollegen, die angesichts der langen Wartezeiten am nächsten Tag um sieben Uhr sich wieder anstellen wollten.

Allgemeines Gesprächsthema war die Höhe des Arbeitslosengeldes. Ein Kollege: „Ich weiß genau, daß die mir hier nix vermitteln können, das wird doch immer schlimmer mit der Arbeitslosigkeit." Ein anderer: „Ich will endlich mein Geld haben. Seit zwei Monaten habe ich nichts gesehen außer einem lächerlichen Abschlag."

Als ich endlich an meinen „Vermittler" kam, sagte er mir: „Tja, Herr ..., Arbeit können wir Ihnen jetzt nicht vermitteln. Im Moment sieht es schlecht aus. Ich gebe Ihnen mal einen Vermittlungstermin mit." Er drückte mir einen Zettel in die Hand. „Was, am 16. Februar? " Ein entschuldigendes Achselzucken und ein „Wir können hier doch auch nichts dafür" (da hat er natürlich recht) war die Antwort.

Ach ja, bleibt noch mein Arbeitslosengeld. Mit der Zahlung kann ich in sechs Wochen rechnen. (Ein Kollege hat schon 10 Wochen gewartet). Und bis dahin...?

Rot Front! – Ein arbeitsloser Genosse aus Hamburg

Kommunistische Politik verboten

Ende Juni wurden die Genossen Hartwig und Gesine fristlos aus ihrer Lehrstelle auf der Lindenau-Werft in Kiel entlassen. Sie hatten auf einer Betriebsversammlung die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter Routhier enthüllt. Am 20. Dezember fand nun der Arbeitsgerichtsprozeß der beiden Genossen gegen Lindenau statt.

Anschließend veröffentlichte „Der Hauer", die Betriebszeitung der KPD/ML, die Rede der Genossin Gesine vor Gericht.

„Man wirft Hartwig B. und mir vor, wir hätten Politik im Betrieb gemacht und das sei laut BVG verboten. Herr Richter, ich frage Sie: Ist es verboten, wenn die Herren Brandt, Schmidt und wie sie alle heißen mögen, von einem Betrieb in den anderen rennen, um innerhalb des Betriebes zu den Beschäftigten zu sprechen? **Ist das keine Politik?** Oder, wenn Herr Lindenau anläßlich der Bundestagswahl ein CDU-Wahlplakat aus dem Fenster mitten auf dem Werftgelände zu hängen hat, **ist das keine Politik?** Oder, wenn Herr Lindenau auf einer Betriebsversammlung äußert, er werde die Kommunisten, solange er lebe, bekämpfen? Oder was war das, was Herr Lindenau am 7. 1. 1974 von mir verlangte? Ich wurde zu ihm gerufen, vor ihm lag ein Flugblatt der KPD/ML über die israelischen Angriffe gegen das palästinensische Volk. Er verlangte, ich sollte mich davon distanzieren. Er forderte mich auf, mit ihm über die Situation in Nahost zu diskutieren! Ich lehnte das ab, darauf hat er mir mit Kündigung gedroht und mich aus dem Zimmer geworfen. **Ist das keine Politik?**

Und nun kommt die andere Seite: Die Politik, die klar für die Arbeiterklasse, für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, gegen die Ausbeuter und Unterdrücker Stellung nimmt: Die Politik, die aufruft, dieses menschenunwürdige System, das uns noch nicht einmal das Recht auf Arbeit sichert, zu stürzen. **Das ist die kommunistische Politik. Das ist die Politik, die verboten ist."**

Der Mord an Genossen Günter hatte große Unruhe unter den Kollegen ausgelöst, die durch die Flugblätter der Partei, Plakate im Betrieb und Parolen auf den Parkplätzen davon erfahren hatten. „Daß Kommunisten totgeschlagen, ermordet werden, kennen wir aus Erfahrung", sagte Genossin Gesine, „und das kennt auch gerade die deutsche Arbeiterklasse aus dem Hitlerfaschismus. Wie leicht könnten einige Kollegen erkennen, daß unsere persilweiße, „freiheitlich-demokratische Grundordnung' sich als Diktatur entpuppt. Als Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse. Herr Richter, wenn das nicht so wäre, wäre ich heute noch bei Lindenau!"

Nach der Rede der Genossin Gesine zog sich der Richter sofort zurück, ohne die ganze Angelegenheit weiter zu untersuchen. Er erklärte sogar mit der Begründung, er müßte zunächst mit den Beisitzern die Unterlagen prüfen, die Verhandlung für geschlossen. Schon nach ungefähr einer Stunde jedoch war diese „Prüfung" abgeschlossen, waren 200 Schreibmaschinenseiten angeblich „durchgeprüft" und die Klage abgelehnt. Das zeigt, daß das Urteil in Wirklichkeit schon vorher feststand und die Schließung der Verhandlung lediglich ein Trick war, um das Urteil nicht vor allen Zuschauern bekanntgeben zu müssen.

Portugals Regierung schützt westdeutsche Monopole

Genossen, neulich habe ich im „Bundestag-Report" gelesen, daß die Bundesregierung die Regierung von Portugal aufgefordert hat, Lohnforderungen und Streiks der portugiesischen Arbeiter gegen die westdeutschen Kapitalisten, die ihre Betriebe in Portugal haben, zu verhindern und zu unterdrücken und „ausländisches Eigentum" zu „schützen". Die westdeutschen Imperialisten behaupteten, daß „die ausländischen Investitionen" einen „wesentlichen Beitrag für die notwendige Weiterentwicklung der portugiesischen Wirtschaft darstellen". Das ist natürlich eine unverfrorene Verdrehung der Tatsachen. Portugal ist ein armes Land, die Industrie ist wenig entwickelt. Verantwortlich dafür sind die Imperialisten, die amerikanischen, britischen und westdeutschen Monopole, die nicht nur jahrzehntelang die Reichtümer des Landes geplündert haben, sondern auch die portugiesischen Arbeiter durch Hungerlöhne in Armut und Elend gestürzt haben. Die westdeutschen Imperialisten fürchten den Kampf der portugiesischen Werktätigen für ihre wirtschaftlichen Forderungen, vor allem aber fürchten sie, daß das portugiesische Volk erkennt, daß Freiheit, Unabhängigkeit und ein besseres Leben nur im Kampf gegen die ausländischen Imperialisten erreicht werden können.

Die portugiesische Regierung, die sich unter Beteiligung der modernen Revisionisten ein antiimperialistisches und arbeiterfreundliches Mäntelchen umgehängt hat, beantwortete die unverfrorene Einmischung der westdeutschen Imperialisten in die inneren Angelegenheiten Portugals mit der eilfertigen Beteuerung, „daß sie alles tun werde, um den Schutz ausländischen Eigentums zu gewährleisten", und eine „positive Haltung" gegenüber den ausländischen Kapitalisten einnehme. Sie hatte diese positive Haltung schon vor längerer Zeit bekräftigt, indem sie ein Antistreikgesetz erlassen hat.

Revisionistisches

SOWJETISCHE SOZIALIMPERIALISTEN PLÜNDERN DIE MONGOLEI AUS

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren die wirtschaftliche Unterdrückung der Mongolei erheblich verstärkt. Unter dem Vorwand der „Konsultation" und „Hilfe" mischen sie sich direkt in die mongolische Wirtschaft ein und kommandieren sie. So haben sie nicht nur sogenannte „Verbindungen von Abteilung zu Abteilung" zwischen mongolischen und sowjetischen Ministerien eingerichtet, sondern haben in den Abteilungen der mongolischen Ministerien selbst ständige Vertreter sitzen bzw. „bevollmächtigte Missionen". Darüber hinaus gibt es eine große Zahl von sowjetischen „Beratern" und „Spezialisten" in den Produktionseinheiten jeder Ebene der Mongolei, um die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion auch in der Praxis zu sichern.

Ein weiteres Mittel der sowjetischen Sozialimperialisten, um die Mongolei zu einem reinen Anhängsel der sowjetischen Wirtschaft zu machen, sind die hohen, zweckgebundenen Kredite, die der Mongolei „gewährt" werden. Seit 1964, seit die Breschnew-Clique an die Macht kam, ist die Höhe dieser Kredite auf 1,365 Milliarden Rubel (rund 1,81 Milliarden Dollar) gestiegen. Das bedeutet, daß jeder Einwohner der Mongolei der Sowjetunion durchschnittlich mehr als 1600 Rubel schuldet. Damit ist die Mongolei eines der Länder mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung der Welt geworden.

Die sowjetischen Sozialimperialisten verwenden diese Kredite, deren Einsatz von den sowjetischen „Beratern" kontrolliert wird, dazu die Mongolei zu einem Versorgungsbetrieb für die Sowjetunion auf dem Gebiet der Tierprodukte und der Mineralrohstoffe zu machen. So wurde in dem für die Jahre 1971 bis 1975 abgeschlossenen Handelsabkommen zwischen der Mongolei und der Sowjetunion bestimmt, daß die Mongolei jährlich 70 000 t Schlachtvieh an die sowjetischen Sozialimperialisten liefern muß, das ist ungefähr die Hälfte des Viehankaufs der mongolischen Regierung. Außerdem hat die Mongolei jährlich 60 000 bis 70 000 Schlachtpferde an die Sowjetunion zu exportieren. Zusätzlich müssen die Vertreter der sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Familien im Land ernährt werden. Darüber hinaus ist die Mongolei gezwungen, teilweise die weiterverarbeitende Industrie einzuschränken und sogar Waren auf diesem Gebiet wie Fleischkonserven, Wollstoffe und Lederwaren zu teuren Preisen aus der SU einzuführen.

Die Ausbeutung durch die sowjetischen Sozialimperialisten beschränkt sich nicht auf die Viehwirtschaft. Seitdem die Mongolei 1962 dem RGW beitrat, werden auch die Mineralrohstoffe der Mongolei ausgeplündert. So wurde das gesamte in der Mongolei abgebaute Fluor in die Sowjetunion transportiert, ebenso der Großteil des mongolischen Wolframerzes. Um diese Ausbeutung zu verbessern, haben die sowjetischen Sozialimperialisten nach dem Vorbild des westlichen Monopolkapitals auch Kapital in die Mongolei exportiert und dort eine Variante der „multinationalen Gesellschaften" errichtet.

Diese Ausplünderung durch die sowjetischen Revisionisten und die Tatsache, daß sie die Mongolei zwingen, auf den Aufbau einer allseitigen nationalen Wirtschaft zu verzichten, sind die Grundlage für die heutige wirtschaftliche Rückständigkeit der Mongolei.

Zwei deutsche Nationen?

Eine chauvinistische Theorie des Kreml

Fortsetzung von Seite 2

Beweis für die Notwendigkeit des Absterbens der deutschen Nation. So wenig wie aus dem vietnamesischen oder koreanischen Volk zwei Nationen wurden, nur weil es die Imperialisten spalteten und sich in den verschiedenen Teilen des Landes verschiedene Gesellschaftssysteme entwickelten, so wenig werden auch aus der deutschen Nation zwei, nur weil es zwei deutsche Staaten gibt. Die scheinbar so radikale Behauptung der Honeckerclique, daß es bei der Betrachtung der Nationen ausschließlich darauf ankomme, ob sie „sozialistisch" oder „kapitalistisch" seien, ist in Wirklichkeit Ausdruck der Tatsache, daß die sowjetischen Sozialimperialisten die Selbständigkeit und die Rechte der verschiedenen Nationen nicht für 5 Pfennig respektieren, daß sie die Welt nicht als Gebiete verschiedenster Nationen sehen, sondern ausschließlich als zwei große Teile: den Bereich, den die USA-Imperialisten ihrer Herrschaft und ihrem Einfluß unterworfen haben und den Bereich, den sie selber beherrschen. Das und nichts anderes bedeutet die ausschließliche Einteilung der Nationen in „kapitalistische" und „sozialistische", bei der es keinen Unterschied mehr gibt zwischen der „kapitalistischen englischen Nation" oder der „kapitalistischen belgischen Nation" auf der einen Seite und der „sozialistischen polnischen Nation" oder der „sozialistischen ungarischen Nation" auf der anderen Seite.

Somit unterscheidet sich diese „Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus" durch die sowjetischen Sozialimperialisten in der nationalen Frage in nichts von der imperialistischen Theorie der anderen Supermacht, der USA-Imperialisten, über den „freien Westen". So wie die USA-Imperialisten mit der Theorie des „freien Westens" die Völker der Welt unterdrücken und bedrohen, im Namen der Verteidigung der „westlichen Demokratie" die Länder Westeuropas besetzt halten und z. B. in Vietnam einen Aggressionskrieg führten, so benutzen die sowjetischen Sozialimperialisten die Theorie der „sozialistischen Integration" und des „sozialistischen Lagers" für ihre eigene Großmachtpolitik gegenüber den Völkern Osteuropas und der ganzen Welt. Nicht umsonst wurde gleichzeitig mit der Proklamierung des „Volks der DDR" die „immerwährende Verbundenheit" der DDR mit der Sowjetunion in der Verfassung verankert. Nicht umsonst wird jetzt in der Zeitung „Volksarmee" die „Zugehörigkeit zum sozialistischen Weltsystem" als eines der entscheidenden Kriterien einer „sozialistischen Nation" genannt.

Nicht umsonst auch spielt die Frage des Territoriums eine wichtige Frage bei der Behandlung der nationalen Frage durch die sowjetischen Sozialimperialisten. Die sowjetischen Sozialimperialisten behaupten, das Entscheidende bei der Frage des nationalen Territoriums sei seine Beherrschung durch die „Arbeiterklasse". Wenn die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen in der DDR von der „Herrschaft der Arbeiterklasse" sprechen, dann meinen sie damit natürlich niemand anderen als sich selbst und ihre faschistische Diktatur über die Werktätigen. Was die sowjetischen Sozialimperialisten unter der „Verteidigung dieses sozialistischen Territoriums" verstehen, das haben die Völker Europas nicht nur beim Bau der Schandmauer in Westberlin, nicht nur bei der Verschacherung des Territoriums der DDR an die westdeutschen Imperialisten gesehen, das haben wir auch vorgeführt bekommen beim Einmarsch der sowjetischen Truppen in die CSSR. **Kurz gesagt, bedeutet die Ansicht der sowjetischen Sozialimperialisten zum Territorium der Nationen also, daß dieses Territorium nicht den Nationen, sondern ihnen selbst gehören soll, daß sie es sich unterwerfen und besetzt halten können.**

Nicht anders sieht es aus, wenn von der Honeckerclique die „sozialistische Kultur" der Nationen hochgejubelt wird. Sehen wir uns doch die „sozialistische Kultur" in der revisionistischen DDR einmal an. **Seit die neue Bourgeoisie die Macht in der DDR an sich riß, wird gerade diese sozialistische Kultur unterdrückt, wurde dem „american way of life" Tür und Tor geöffnet, um die Werktätigen ideologisch zu entwaffnen. Gleichzeitig versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten immer mehr, die sowjetische revisionistische Kultur gegen die Werktätigen der DDR durchzusetzen.** So kann man zum Beispiel im „Neuen Deutschland" lesen, daß heute bereits ein Drittel der im Magdeburger Kindertheater aufgeführten Stücke von sowjetischen Autoren stammen. So sind immer mehr Bücher, die in der DDR herauskommen, Ergebnisse von „Gemeinschaftsarbeit" zwischen sowjetischen und DDR-Verlagen.

Die Tatsachen beweisen also, daß „die Geschichte", die wie die Honeckerclique behauptet, über das Schicksal der deutschen Nation entschieden hat, nichts anderes ist als die aggressive Politik einer imperialistischen Supermacht im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt gegen die Völker und auch gegen das deutsche Volk. Aber die Herren in Moskau sollen sich nicht zu früh freuen. Die tatsächliche Geschichte wird nicht von den Neuen Zaren im Kreml gemacht, sondern von den Völkern. Breschnew und Co. werden erleben, daß das deutsche Volk, das sie totgesagt haben, sein Recht auf nationale Einheit gegen die sowjetischen Sozialimperialisten und gegen die US-Imperialisten, sowie den westdeutschen Imperialismus und die neue Bourgeoisie in der DDR erkämpfen und ein starkes vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland aufbauen wird.

"Öldollar-Recycling"

Betrug an Öl-Ländern

Als Kuweit Aktien des Flick-Konzenrs Mercedes kaufte, malte die bürgerliche Presse der westdeutschen Bourgeoisie das Gespenst an die Wand, unser Land drohe in den nächsten Jahren von den arabischen Ländern aufgekauft zu werden. Ziel dieser Hetze ist es, unser Volk dagegen aufzuhetzen, daß die arabischen Länder sich ihre Ölpreise nicht mehr von den Imperialisten diktieren lassen und einem Vorgehen der Imperialisten gegen die arabischen Länder und die anderen Erdölförderländer den Boden zu bereiten.

Tatsächlich sind es nämlich gerade die Imperialisten, die große Anstrengungen unternehmen, um das Geld, das die arabischen Länder aus dem Verkauf ihres Öls einnehmen, in die imperialistischen Länder zu holen.

‚Recycling' heißt eines der Stichworte der Imperialisten, „Rückführung der Öldollars" in die imperialistischen Länder. Und es meint nichts anderes als den Versuch der Imperialisten, den arabischen Ländern ihre Dollars wieder abzunehmen – oder zumindest für sich profitabel zu machen.

So verlangen die Imperialisten mit viel demagogischem Geschrei von „Verantwortung" und „Unterstützung der armen Länder", daß die arabischen Länder Milliarden in den ‚Internationalen Währungsfond' zahlen – ein Fond, der den Imperialisten untersteht und dazu dient, die Zahlungsbilanz vor allem in den schwächeren kapitalistischen Ländern aufzubessern. **Profitieren tun davon die großen imperialistischen Mächte, vor allem die US-Imperialisten, die durch ihre Herrschaft in diesem Fond mit der Verteilung der Kredite ihren Einfluß in anderen Ländern stabilisieren und ausbauen können.**

Ausdrücklich befürwortete Bundeskanzler Schmidt auch Investitionen der arabischen Länder in Westdeutschland. Es ist der Versuch der westdeutschen Imperialisten, den arabischen Ländern all das anzudrehen, was für die Imperialisten im Augenblick nicht genug Profit abwirft. Wer erinnert sich nicht an die verschiedenen Konkurse wie zum Beispiel in der Bauindustrie wo die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß arabische Länder den Bankrott verhindern könnten, falls sie aufkaufen. Die Imperialisten denken nicht im geringsten daran, ihre Monopole, die ihnen Maximalprofite bringen, zu verkaufen, geschweige denn Schlüsselindustrien, die strategische Bedeutung für den Imperialismus haben, zu verkaufen. So stellte Bundeskanzler Schmidt zu den arabischen Investitionen in Westdeutschland fest: „Es gibt natürlich Grenzen, wir würden nicht zulassen, daß sie die Kraftwerk-Union aufkaufen. Da würden wir gesetzgeberisch einschreiten. Aber wenn sie eine deutsche Brauerei haben wollen, die können sie zu hundert Prozent kriegen, meinetwegen auch ein paar deutsche Brauereien."

Für die Imperialisten aber ist das nicht nur eine Frage des direkten finanziellen Geschäftes. Sondern es ist der Versuch, die arabischen Länder auf diese Weise mit dem Spinnennetz des imperialistischen Wirtschaftssystems zu verketten, um auf diese Weise Einfluß auf diese Länder zurückzugewinnen und zu verstärken, der wirtschaftlichen Verkettung die politische folgen zu lassen.

Aber das erkennen auch die arabischen Länder. Präsident Boumedienne hat bereits davor gewarnt, in den Vereinigten Staaten und den anderen imperialistischen Ländern zu investieren, dadurch werde eine „Abhängigkeit geschaffen, die noch gefährlicher als die während des Kolonialismus sei." Die arabischen Länder müßten in erster Linie in den eigenen Ländern investieren und eine unabhängige Volkswirtschaft aufbauen.

Hinter dem Konzept des „Recycling" oder wie immer es auch heißt, steht das Konzept, den Erdölförderländern ihre im Kampf gegen den Imperialismus errungenen Erfolge auf dem Wege der Tricks und Betrügereien wieder abzunehmen. Aber es ist ein Irrglaube der Imperialisten, diese Völker für dumm verkaufen zu können. Sie werden sich ihre erkämptten Erfolge nicht wieder abnehmen lassen, sondern in ihrem gerechten Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit immer größere Siege errringen.

Vom Aufbau des Sozialismus

GUTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG IN DEN BERGKOMMUNEN CHINAS

Fast jede Berg–Kommune der Provinz Kweichow im Südwesten Chinas, in der viele verschiedene Nationalitäten leben, verfügt heute über eine Klinik. Mehr als 4000 Barfuß–Ärzte aus den nationalen Minderheiten kann man von den Berggegenden bis zu den am Wasser gelegenen Dörfern dieser Provinz, die vor der Befreiung von Malaria, Cholera, Ruhr und anderen ansteckenden Krankheiten geplagt wurde, überall antreffen.

Die Nationalitäten der Miao, Puyi, Tung, Yi, Shui, Hui, Yao und Kelao bilden ein Viertel der Bevölkerung der Provinz. Diese Minderheiten wurden vor der Befreiung insbesondere unterdrückt, eine medizinische Versorgung gab es für sie praktisch nicht.

Nach der Befreiung brachte die Kommunistische Partei und ihr Vorsitzender Mao Tsetung der Gesundheit der nationalen Minderheiten eine besondere Fürsorge entgegen. Medizinische Teams wurden bei verschiedenen Gelegenheiten nach Kweichow geschickt, um Malaria und andere Epidemien zu behandeln. Große Summen wurden bereit gestellt für medizinische Versorgungseinrichtungen und die ärztliche Behandlung von Müttern und Kindern. Diese medizinischen Anstalten halfen, Barfuß–Ärzte für die Produktionsbrigaden in den Kommunen anzulernen. Dafür wurden arme und mittlere Kleinbauern sowie junge Leute, die sich auf dem Land angesiedelt hatten, ausgewählt und erzogen. Sie hatten ein hohes politisches Bewußtsein und das Bestreben, sich in den Dienst der Minderheiten–Bevölkerung zu stellen.

Sie können nun gewöhnliche und wiederkehrende Krankheiten mit westlichen oder traditionell chinesischer Medizin behandeln. Sie sind in der Lage, eine Notbehandlung zu geben und sogar einfache chirurgische Operationen durchzuführen.

Nehmen wir als Beispiel die Hsinchih–Brigade in der Paiyun–Kommune von Tzuyun im autonomen Gebiet Chou. Es gibt dort 140 Haushalte der Miao- und Puyi–Nationalität. Vor der Befreiung war es eine der schlimmsten Malaria–Gegenden: Über 100 Menschen starben an dieser Krankheit von 1947 bis 1948. Die Barfuß–Ärzte der Brigade und Werktätige des Gesundheitswesens halfen den Bauern regelrechte Kampagnen gegen die Krankheit durchzuführen. Der Schwerpunkt wurde dabei darauf gelegt, die Ursachen der Epidemien auszurotten. Durch diese Fürsorge konnte auch die landwirtschaftliche Produktion erhöht werden: Die gesamte Aussaat der Brigade im Jahr 1973 war drei mal höher als die in der Periode vor der Befreiung.

In den Bergen und dichten Wäldern der Kweichow-Provinz wachsen viele Arten medizinischer Pflanzen. In den vergangenen zwei Jahren und mehr haben die Barfuß–Ärzte im Panshin–Distrikt der autonomen Region Sungtao Miao zusammen mit der Bevölkerung 15 Tonnen Pflanzen gesammelt, die zu Puder, Pillen, Sirup, Salbe und Ampullen verarbeitet wurden.

Auf dem Medizin–College sind vorrangig Studenten der nationalen Minderheiten zugelassen. Ihre Zahl macht ein Viertel der Studenten im Medizin–College von Kweiyang aus. Viele Barfuß–Ärzte vervollständigen ihr Wissen in diesem medizinischen College.

Auf diese Weise sind die nationalen Minderheiten heute medizinisch bestens versorgt.

Imperialismus bedeutet Krieg

Wird es zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg kommen? – Die vom Imperialismus entfesselten Kriege haben unermeßliches Leid über die Völker gebracht: rund 67 Millionen Tote, weit über 100 Millionen Verwundete, zerstörte Städte, verwüstete Länder, Hunger und Obdachlosigkeit – das waren die Folgen zweier imperialistischer Weltkriege für die werktätigen Massen. Die Imperialisten aller Länder reden heute von „Sicherheit", „Abrüstung" und „Entspannung", aber ihre Taten entlarven ihre Friedensphrasen und legen ihre aggressiven Ziele bloß. Immer mehr Menschen sehen die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges und stellen die Frage, wie er verhindert werden kann. Mit dem folgenden Artikel über die Ursachen der imperialistischen Kriege beginnen wir eine Artikelfolge, in der wir auf die Gefahr des Ausbruchs eines dritten imperialistischen Weltkrieges und auf die wichtigsten Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg eingehen werden.

Wenn wir nicht allgemein von der Kriegsgefahr, sondern von der Gefahr eines neuen **„imperialistischen Weltkrieges"** sprechen, heißt das, daß wir nicnt alle Kriege gleichsetzen. So führt der US-Imperialismus einen mörderischen Krieg gegen das vietnamesische Volk und die Völker der Welt verurteilen die Verbrechen des US-Imperialismus auf das Schärfste. Auch das vietnamesische Volk führt einen Krieg gegen den US-Imperialismus, aber es findet bei den Völkern der Welt breite Unterstützung und Solidarität. Genosse Mao Tsetung hat dazu festgestellt: *„Die im Laufe der Geschichte geführten Kriege teilen sich in zwei Arten: in gerechte und ungerechte. Alle Kriege, die dem Fortschritt dienen, sind gerecht, und alle Kriege, die den Fortschritt behindern, sind ungerecht. Wir Kommunisten sind gegen alle den Fortschritt behindernden, ungerechten Kriege, jedoch nicht gegen fortschrittliche, gerechte Kriege."* Und Lenin schrieb: *„Es gibt Kriege und Kriege. Es gibt den Krieg als Abenteuer, der die Interessen einer Dynastie, den Appetit einer Räuberbande befriedigt, der den Zielen der Helden des kapitalistischen Profits Genüge tut. Und es gibt den Krieg – und zwar ist das der einzige rechtmäßige Krieg in der kapitalistischen Gesellschaft – gegen die Unterdrücker und Versklaver des Volkes."* (Bd. 8, S. 569).

Solche ungerechten Kriege, die den „Zielen der Helden des kapitalistischen Profits Genüge" tun, gibt es natürlich nicht erst seit der Herausbildung des Imperialismus. Schon 1848 stellten Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest fest, daß die Bourgeoisie die Wirtschaft auf der Jagd nach Absatzmärkten und Rohstoffen „kosmopolitisch gestaltet" habe. Niemals hat sich diese „kosmopolitische Gestaltung" der Wirtschaft durch den Kapitalismus ohne Eroberungskriege vollzogen. Von Anfang an eroberten die Kapitalisten Kolonien, unterjochten sie andere Völker, um sich billige Rohstoffe und neue Absatzmärkte zu sichern. Die kapitalistischen Länder teilten die Welt als Kolonialbesitz unter sich auf. Die Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Mächte war also bereits weitgehend abgeschlossen, als der Kapitalismus mit der Entstehung der Monopole, der fortschreitenden Konzentration des Kapitals in den Händen einiger weniger Finanzkapitalisten in das Stadium des Imperialismus trat.

Lenin schreibt: *„Der Imperialismus stellt die erst im 20. Jahrhundert erreichte höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus dar. Dem Kapitalismus ist es zu eng geworden in den alten Nationalstaaten (...). Der Kapitalismus hat die Konzentration bis zu einem solchen Grad entwickelt, daß ganze Industriezweige von Syndikaten, Trusts, Verbänden kapitalistischer Milliardäre in Besitz genommen und daß nahezu der ganze Erdball unter diese ‚Kapitalgewaltigen' aufgeteilt ist, sei es in der Form von Kolonien, sei es durch die Umstrickung fremder Länder mit den tausendfachen Fäden finanzieller Ausbeutung. Der Freihandel und die freie Konkurrenz sind ersetzt durch das Streben nach Monopolen, nach Eroberung von Gebieten für Kapitalanlagen, als Rohstoffquellen usw. Aus einem Befreier der Nationen, der er in der Zeit des Ringens mit dem Feudalismus war, ist der Kapitalismus in der imperialistischen Epoche zum größten Unterdrücker der Nationen geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der ‚Groß'mächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht."* (Bd. 21, S. 302).

Lenin stellt also fest, daß mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium der „bewaffnete Kampf der Großmächte", also der imperialistische Krieg, zum Wesensmerkmal des Kapitalismus geworden ist und nur mit der Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus verschwinden wird. Die Frage der Gefahr eines imperialistischen Krieges hängt also nicht davon ab, wie „verständigungsbereit" oder „entspannungsfreundlich" die jeweiligen Regierungen der imperialistischen Länder sind, sondern es sind die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus, die notwendig in den imperialistischen Krieg münden, solange der Imperialismus nicht insgesamt durch die sozialistische Revolution zerschlagen wird.

Ziel des Kapitalismus ist nicht die Produktion von Waren, um die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Das beweisen eine Unmenge Beispiele: Weizen wird verbrannt oder in Viehfutter verwandelt, obwohl ein Großteil der Menschheit Hunger leidet und das Bedürfnis nach Brot keineswegs befriedigt ist; Butterberge werden vernichtet, obwohl viele Werktätige sich gar keine Butter leisten können und das Bedürfnis nach Butter keineswegs befriedigt ist; zigtausend Luxuswohnungen stehen leer und verrotten allmählich, obwohl viele Werktätige eine Wohnung suchen und das Bedürfnis nach Wohnraum also keineswegs befriedigt ist usw.

Die Kapitalisten wollen durch den Produktionsprozeß also nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, sondern eine möglichst große Vermehrung des Kapitals erreichen. In erster Linie versuchen sie das durch die hemmungslose Ausbeutung der Arbeiterklasse, indem sie die Löhne so niedrig wie möglich drücken und die Arbeitshetze durch Antreiberei und durch die Einführung neuer Maschinen so hoch wie möglich steigern. Aber die Verschärfung der Ausbeutung stößt an ihre Grenzen. Einerseits beschleunigt der Abbau der Löhne bei gleichzeitiger Ausweitung der Produktion das Eintreten der Überproduktionskrise, es werden mehr Waren produziert als zahlungsfähige Nachfrage besteht. Andererseits nimmt die Arbeiterklasse die ständige Verschärfung der Ausbeutung nicht kampflos hin, sie schließt sich zusammen und kämpft gegen die Angriffe der Kapitalisten auf ihre Lebensinteressen. Aus dieser inneren und im Kapitalismus nicht aufhebbaren Krisenhaftigkeit sieht die Bourgeoisie auf der Jagd nach dem Maximalprofit nur einen „Ausweg": Erschließung neuer Absatzmärkte und billigerer Rohstoffe und das um so mehr, je weiter die Konzentration des Kapitals und die Monopolbildung vorangeschritten ist.

Die Imperialisten versuchen sich Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu sichern, indem sie andere Länder militärisch erobern und als Kolonien unterjochen und ausplündern oder indem sie diese Länder finanziell, wirtschaftlich und damit auch politisch so abhängig von sich machen, daß sie praktisch ihre Kolonien sind, auch wenn sie der Form nach „unabhängige Staaten" sind. Zu der Jagd nach Rohstoffen und Absatzmärkten kommt im Imperialismus noch ein dritter Grund, der die Imperialisten ebenfalls treibt, andere Länder in koloniale Abhängigkeit zu bringen: die Jagd nach Anlagemöglichkeiten für die in den Händen des Finanzkapitals konzentrierten riesigen Kapitalmengen, die aufgrund der bereits beschriebenen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in den imperialistischen Ländern selbst nicht mehr profitabel angelegt werden können. So exportieren die Imperialisten das Kapital in andere Länder, wo die Löhne niedriger, die Investitionen billiger, die Konkurrenz geringer usw. sind. Wie der Warenexport für den Konkurrenzkapitalismus wesensmäßig war, ist es der Kapitalexport für den Imperialismus.

Auf der Jagd nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Anlagemöglichkeiten prallen die Interessen der imperialistischen Mächte aufeinander. Die Welt ist unter ihnen aufgeteilt. Aber das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten, wie es sich in der Aufteilung der Welt ausdrückt, bleibt nicht gleich. Im Gegenteil, die Entwicklung verläuft stets ungleichmäßig. Die stärksten imperialistischen Mächte stoßen, obwohl sie Riesenreiche ausplündern, schließlich auf die gleichen Krisenerscheinungen, die sie einst dazu trieben, andere Länder zu unterwerfen. Andere imperialistische Mächte erstarken dagegen relativ. **Das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten gerät in Widerspruch zur bestehenden Aufteilung der Welt.**

Schauen wir uns die Situation vor dem 1. Weltkrieg an: 1890 produzierte England rund 50% mehr Stahl als Deutschland, aber 1913 betrug die Stahlproduktion Deutschlands rund 250% der englischen Stahlproduktion. Der Anteil Englands an der Weltindustrieproduktion sank von 1870 bis 1913 von 32% auf 13%, während der Anteil Deutschlands im gleichen Zeitraum von 13% auf 16% stieg. Der deutsche Imperialismus hatte 1913 England und Frankreich wirtschaftlich überflügelt und war nach dem US-Imperialismus zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht geworden. Dazu stand die Verteilung des Kolonialbesitzes im krassen Gegensatz. Der englische Imperialismus besaß 1914 33,5 Millionen qkm Kolonialbesitz, Frankreich besaß 10,6 Millionen qkm, aber der deutsche Imperialismus nur 2,9 Millionen qkm. Der geschwächte englische Imperialismus exportierte 1913 75 Milliarden Mark Kapital, während der stark expandierende deutsche Imperialismus nur 36 Milliarden im Ausland unterbringen konnte.



Profit heißt Krieg: Fotomontage von John Heartfield

So strebte der deutsche Imperialismus die Neuaufteilung der Welt an. Während sich die deutsche Industrieproduktion von 1880 bis 1913 insgesamt vervierfachte, verfünfzehnfachte sich die Rüstungsproduktion. Diese rapide Militarisierung der Wirtschaft ist kennzeichnend für den Imperialismus. Gerade die expandierenden, besonders aggressiven Mächte treiben die Rüstungsproduktion voran, um einerseits den Monopolen einen staatlichen Absatz zu sichern, der durch die staatliche Ausplünderung der werktätigen Massen finanziert wird. Vor allem aber ist die Kriegsproduktion die Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg, dessen Inhalt der Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist.

So kämpfte im ersten Weltkrieg der deutsche Imperialismus hauptsächlich gegen den englisch-französischen Block um die Neuaufteilung der Welt und auch der zweite Weltkrieg begann als Kampf der imperialistischen Blöcke um die Erweiterung ihrer Herrschaftsbereiche, wobei wiederum vom deutschen Imperialismus, der mit Japan und Italien verbündet war, die größte Aggressivität ausging.

An beiden Weltkriegen läßt sich klar das Wesen des imperialistischen Kriegs erkennen, wie die Imperialisten auf der Jagd nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Kapitalanlagemöglichkeiten versuchten, ihre Einflußsphären auszudehnen, neue Rohstoffe, Absatz- und Kapitalmärkte unter ihre Kontrolle zu bringen, wie die ungleichmäßige Entwicklung die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten verschärft, bis – vorbereitet durch fieberhaftes Wettrüsten – der Kampf um die Neuaufteilung der Welt entbrennt.

Der imperialistische Krieg, das größte Verbrechen des Imperialismus gegen die Völker, ist nicht die Frucht von „politischem Fanatismus" oder die Idee eines „Größenwahnsinnigen". Der imperialistische Krieg, in dem es den imperialistischen Mächten um die Erringung oder Verteidigung der Vorherrschaft in der Welt geht, ist ein direktes Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche des Imperialismus. **Der Kampf einiger Großmächte um Hegemonie gehört zum Wesen des Imperialismus. Das gilt auch für die sogenannten „Friedenszeiten". Jeder Vertrag zwischen Imperialisten – auch wenn er mit „Entspannungsphrasen" verbrämt wird – dient diesem Ziel. Der imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln.**

Aber so wie sich die Widersprüche zwischen den Imperialisten aufs äußerste zuspitzen, verschärft sich auch in den imperialistischen Ländern der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Monopolbourgeoisie. **Und es ist gerade die imperialistische Kriegstreiberei, die das Proletariat zum erbittertsten Kampf anspornt.** Als Ergebnis des ersten Weltkrieges errichteten die Arbeiter und Bauern Rußlands den ersten Staat der Diktatur des Proletariats. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand das Entstehen des sozialistischen Lagers. **Die proletarische Revolution wird den Ausbruch eines 3. imperialistischen Weltkrieges verhindern oder aber sein Ausbruch wird zu einem großen Aufschwung der sozialistischen Revolution führen.**

(Dieser Artikel wird fortgesetzt)

WIR EMPFEHLEN ZUM STUDIUM

W. I. LENIN
DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72 – 207
Tel.: 040 / 4 10 17 36

Korrespondenzen

KEMPTEN

Vor ca. einem 3/4 Jahr hat sich die Lehrerin Frau S. aus Kempten an die Partei gewandt. Sie bat die Genossen, ihren Fall – sie bekam seit eineinhalb Jahren kein Geld, weil man sie zwangsbeurlaubt hatte – an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir haben daraufhin einen Artikel mit einer Erklärung von Frau S. in der Betriebszeitung gebracht und an den ROTEN MORGEN geschickt. Frau S. hatte seit dieser Zeit regelmäßig Kontakt mit der Partei, sie schöpfte dadurch wieder neuen Mut. Trotz massiver Einschüchterungsversuche vom Kultusministerium ist sie im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat nicht zurückgewichen (auf einen Brief vom Kultusministerium, in dem sie aufgefordert wurde, anzugeben ob sie Mitglied des KSB/ML sei und wenn ja, mit welcher Funktion, hat sie mit einem offenen Brief geantwortet. – Der Rote Morgen berichtete davon).

Vor kurzem hat Frau S. nun ihr Gehalt für 1 1/2 Jahre nachbezahlt bekommen. Sie meinte, daß sicher der Kampf der Partei wesentlich dazu beigetragen hat. Sie spendete für die Partei 156 DM.

Rot Front
Genossen aus Kempten

BREMEN

Genossen, ich schreibe aus dem Krankenhaus. Heute ist eine kleine, aber typische Begebenheit passiert. Ein Kollege – ein Rentner – wollte draußen spazieren gehen. Er fragt den Arzt. Der lehnt ab. Was daran typisch ist? Derselbe Kollege wurde Weihnachten für 5 Tage nach Hause geschickt – ohne Tabletten übrigens. Die wurden vergessen.

Hier im Krankenhaus sind die meisten Langzeitkranke (1/4 bis 1 1/2 Jahre). Bei einem Teil der Kranken trägt die Landesversicherungsanstalt die Kosten, bei einem anderen Teil die Krankenversicherung. Weihnachten gibt die LVA 3 Tage Urlaub plus einen Tag An- und einen Tag Abreise, also fünf Tage. Die Krankenkasse nicht. Das Krankenhaus ließ uns nun zuerst eine Erklärung unterschreiben, daß die Krankenkasse keinen Urlaub gibt. Dann kann man „heimlich" Urlaub bekommen. Kommt das heraus, muß der Patient die Kosten (über 130 DM am Tag) selbst zahlen, weil die Krankenkasse sagt: Wenn er nicht da ist, zahlen wir nicht. Das wären für Weihnachten also 800 DM. Da es aber meistens nicht herauskommt, freut sich die Anstalt: der Rubel rollt weiter, sie kann aber Verpflegung und Personal einsparen. So wurden bei uns zum Beispiel während der Weihnachtszeit 2 Stationen zusammengelegt. Das ist auch der Grund, weshalb dann fast alle nach Hause können.

Aber will einer mal eine halbe Stunde frische Luft schnappen und aus dem Mief hier heraus, dann ist das „unverantwortlich" und geht nicht. Und das ist das Typische! Nicht die Gesundheit der Kollegen steht hier im Mittelpunkt, sondern die „wirtschaftliche" (profitbringende) Führung des Krankenhauses.

Ein anderes Beispiel: Hier im Krankenhaus haben über Weihnachten und Neujahr viele Ärzte – auch Stationsärzte – Urlaub genommen. Ein Arzt hat hier nun mehrere Stationen übernommen (3-4). Dieser Vertretungsarzt setzt sich sehr ein und ist manchmal über 12 Stunden in der Klinik. Die Folge: er schafft das nicht mehr. Visite ist nur alle paar Tage und dann sind pro Patient vielleicht 10 Sekunden Zeit, ein Blick auf die Kurve, ein Blick auf den Patienten und dann weiter. Sein guter Wille und sein Einsatz werden also ins genaue Gegenteil verkehrt. Nur die Klinik freut sich. Die hat einen dummen gefunden, sie braucht keine teure Urlaubsvertretung zu besorgen. Getarnt durch die „Menschlichkeit" eines einzelnen Arztes also das alte Lied: zum Wohle der feinen Herren auf unsere Knochen.

Das sieht man hier mal wieder.

Das ist mit ein Grund, weshalb wir den Sozialismus brauchen und den Kapitalismus ausrotten müssen! Dafür müssen wir alle im neuen Jahr noch mehr kämpfen und noch mehr Kollegen gewinnen. Erst nach dem Sieg mit unserer Partei wird unser „Krankheitswesen" zu einem „Gesundheitswesen" werden wie in China und Albanien.

Rot Front! C.

SPENDENKONTO:

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

SELB:

Die Genossen Gerhard A. und Susi P. erhielten je einen Strafbefehl über 3 Monate Gefängnis „auf Bewährung" plus 500 DM Geldstrafe, weil sie Flugblätter gegen die Ermordung des Genossen Günter Routhier verteilt haben sollen.

MÜNCHEN:

Genosse Reiner Junck, Leiter des Buchladens „Roter Morgen" in München, erhielt zwei Strafbefehle über je 843 DM Geldstrafe, weil im Schaufenster des Buchladens im Juni ein Plakat war über die Ermordung des Genossen Günter und der ROTE MORGEN Nr. 25 mit der Schlagzeile: „Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!"

MÜNSTER:

In Münster fand am 2. 1. 75 vor dem Amtsgericht ein Prozeß gegen einen Genossen statt wegen angeblichen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" und „leichter Körperverletzung". Der Genosse war festgenommen worden, als im Juni des letzten Jahres die Partei gegen die Propaganda einiger offener Faschisten vorging. Der jetzt angeklagte Genosse war festgenommen worden, als er gerade zu der Aktion dazukam und noch völlig unbeteiligt am Rand stand. Während eine Kollegin, die sich auf Grund der Aktion spontan als Zeugin gemeldet hatte, die Aussagen des Genossen bestätigte, logen die Polizisten das Blaue vom Himmel herunter. Trotzdem war von vornherein klar, daß ihre wenn auch völlig widersprüchlichen Aussagen maßgebend sein würden. Das Ziel des Prozesses erläuterte der Staatsanwalt: Er bezeichnete die „Körperverletzung" (ein blauer Fleck bei einem Polizisten) als Lappalie und sagte: „Ob das alles so war oder nicht, ist überhaupt nicht die Frage und schon gar die entscheidende. Denn die Frage ist, ist dies dem Angeklagten zuzutrauen oder nicht." Das allerdings fand er bei jemandem, der so offen für die revolutionäre Gewalt eintrete wie der Genosse, gegeben. Das Gericht verurteilte den Genossen anschließend zu 210 DM Geldstrafe. Die Zuschauer riefen bei der Urteilsverkündung Parolen und verließen mit dem Singen der Internationale das Gericht. Anschließend fanden zwei Kundgebungen in der Innenstadt statt. Am Abend eine kämpferische Veranstaltung, auf der auch eine Grußadresse der ROTEN HILFE verlesen wurde, die diesen Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz unterstützt hatte.

BIELEFELD:

Genosse Norbert W. erhielt einen Strafbefehl über 250 DM, weil er den ROTEN MORGEN Nr. 26, der über den Polizeiterror gegen den Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter berichtete, verkauft haben soll.

KARLSRUHE:

Die Genossen aus Karlsruhe berichten, daß sie im Verlauf des Oktober und November 115 Unterschriften zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft gesammelt haben. 30 von diesen Unterschriften sind das Ergebnis einer Aktionseinheit mit der GRF und dem örtlichen Komitee gegen die Isolationsfolter.

AUGSBURG:

Sechs Genossen aus Augsburg erhielten jetzt Strafbefehle, weil sie den ROTEN MORGEN Nr. 25/26/27 verkauft und ein örtliches Flugblatt zur Ermordung des Genossen Günter verteilt haben sollen. Die Gesamthöhe der Strafbefehle beträgt 3 100 DM.

Antikriegstagsprozeß in München

Richter: Angeklagten mürbe machen

Am 28. 1. 1975 beginnt in München ein Berufungsprozeß gegen Teilnehmer des Roten Antikriegstags '72, die in der ersten Verhandlung jeweils zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden waren. Bereits jetzt ist die Verhandlungsdauer gegen die Genossen Peter Bayer, Klaus Stahl, Bernd Reiser und Hubert Lehmann auf 9 Verhandlungstage angesetzt worden. Die Berufungsverhandlung gegen den fünften Genossen, Sascha Haschemi, wurde abgetrennt, weil sein „Aufenthaltsort unbekannt" sei.



Gelsenkirchen: Roter Antikriegstag 1974. Interessiert liest die Bevölkerung das Extrablatt des ROTEN MORGEN.

Im Landesverband Bayern der KPD/ML werden anläßlich dieses Prozesses mehrere Veranstaltungen und am 25. 1. 1975 eine Demonstration in München stattfinden. Bei dem Kampf der Partei wird es nicht nur um die Unterstützung der im Gericht kämpfenden Genossen gehen, sondern vor allem um den verstärkten Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi, der nun seit fast genau einem Jahr in der Illegalität leben muß, weil die Bourgeoisie ihn an das persische Henkerregime abschieben will. Vorwand für diesen geplanten Schreibtischmord ist, daß Sascha, obwohl in München geboren, durch seinen persischen Vater die iranische Staatsbürgerschaft besitzt.

Dieser Antikriegstagsprozeß in München ist der erste größere Prozeß, der nach der Verschärfung der Strafprozeßordnung gegen Kommunisten geführt wird. Durch die Auswahl des Vorsitzenden Richters hat die Bourgeoisie zusätzlich Vorsorge getroffen, daß alle ihre Terrormaßnahmen gegen angeklagte Kommunisten und Antimilitaristen auch Anwendung finden werden.

Richter Höfner, der Vorsitzende Richter, nahm im Herbst des letzten Jahres an einer Podiumsdiskussion der Münchner Juristischen Gesellschaft teil mit dem Thema „Prozeßführung in spektakulären Prozessen". Welche Prozesse hier gemeint waren, zeigt sich unter anderem daran, daß einer der teilnehmenden Staatsanwälte während der Diskussion in der Broschüre der KPD/ML „Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz" blätterte.

Auf dieser Tagung forderten Richter Höfner und die anderen Teilnehmer praktisch genau die Verschärfungen der Strafprozeßordnung, die seit dem 1. 1. 75 in Kraft sind. Nehmen wir einige Beispiele:

1. Die Strafprozeßordnung sieht seit dem 1. 1. 75 eine verschärfte Anwendung des Ausschlusses der Öffentlichkeit vor. Dazu Richter Höfner im letzten Herbst: „Bei solchen Prozessen ist die Geschicklichkeit des Vorsitzenden nicht entscheidend. Mürbe wird der Angeklagte erst, wenn er weiß, wir bleiben unter uns. (...) Um mit den Angeklagten fertig zu werden, reicht in den meisten Fällen der Ausschluß der Öffentlichkeit aus." Gleichzeitig plädiert Höfner dafür, daß dieser Ausschluß allein durch den Vorsitzenden Richter entschieden werden kann. Ebenso wurde auf dieser Tagung die Erhöhung des Ordnungsstrafrechts auf 7 Tage Ordnungsstrafe gefordert.

2. Die Strafprozeßordnung bedeutet vor allem einen scharfen Angriff auf die Verteidiger, die jetzt schon allein bei dem Verdacht (!) auf verschiedene „Straftaten" ausgeschlossen, deren Anzahl für einen Angeklagten eingeschränkt und die in einem Verfahren nur noch einen Angeklagten verteidigen dürfen. Dazu Richter Höfner: „Das größte Problem stellen die Verteidiger dar." Und: „Wenn ein Verteidiger zusammen mit dem Angeklagten den Prozeß sabotieren will, dann kann man dagegen nichts machen. Hier hilft allein der Gedanke der Verwirkung." (Verwirkung bedeutet, daß der Verteidiger seine Verteidigerrechte verliert, wenn er nicht so verteidigt, wie es das Gericht will). Gleichzeitig wurde auf dieser Tagung die Beschränkung der Wahlverteidiger für einen Angeklagten auf 3 gefordert.

Richter Höfner machte sich auf dieser Tagung außerdem noch dafür stark, mit den „unsinnigen Beweisanträgen" Schluß zu machen. Als ein Mittel dazu wurde erwogen, das Recht, einen Befangenheitsantrag zu stellen wegen der Ablehnung von Beweisanträgen, abzuschaffen.

Sozusagen als „Ideal" einer Strafprozeßordnung in politischen Prozessen forderte Richter Höfner dann politische Sondergerichte!

So weit Richter Höfner auf der Tagung der Münchner Juristischen Gesellschaft. Im Prozeß wird natürlich weniger von „mürbe" und „fertigmachen" der angeklagten Genossen als von „Demokratie" und „Gerechtigkeit" die Rede sein. Aber schöne Worte können nicht über die Tatsachen hinwegtäuschen. Und Tatsache ist, daß mit Höfner ein Vorkämpfer der Faschisierung des staatlichen Unterdrückungsapparates den Vorsitz im Prozeß gegen die angeklagten Genossen bekommen hat, weil die Bourgeoisie mit einem Terrorurteil in diesem Prozeß nicht nur die Genossen, sondern auch andere fortschrittliche Menschen vom Kampf im Geiste des Roten Antikriegstages abhalten will.

Freispruch für die angeklagten Genossen!

Freispruch und einen deutschen Paß für Sascha!

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus und seiner Klassenjustiz!

GRF-Führer zum Hungerstreik

Üble Hetze gegen RAF-Genossen

Seit 120 Tagen kämpfen die politischen Gefangenen bereits mit dem Mittel des Hungerstreiks gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft. Während die Bourgeoisie auf der einen Seite versucht, die Bevölkerung mit Lügen über die angeblich ausgezeichneten Haftbedingungen zu betrügen und unsicher zu machen, mehren sich die Stimmen, die nach dem Vorbild Carstens' fordern, die politischen Gefangenen einfach krepieren zu lassen, wenn sie ihren Hungerstreik nicht aufgeben. So hat inzwischen auch ein Vertreter der evangelischen Kirche erklärt, was die „Selbstvernichtung" angehe, so habe man zwar nicht Gott, aber den Menschen gegenüber das Recht darauf. Mit anderen Worten, auch hier wird gegen die Zwangsernährung, für den Tod der Gefangenen plädiert. So hat die Bourgeoisie also inzwischen auch den kirchlichen Segen bei ihren Mordplänen.

Es ist in dieser Situation eine besondere Pflicht aller Kommunisten und fortschrittlichen Menschen, den Kampf gegen die Pläne der Bourgeoisie zu führen, nach dem Genossen Holger Meins auch andere Genossen zu Tode zu foltern.

Und gerade jetzt heißt es in einem Artikel der „Roten Fahne" der GRF über die Urteilsbegründung gegen Horst Mahler: „Eine üble Rolle in dieser Begründung spielte die Erklärung der RAF zur Selbstkritik des Genossen Mahler. In dieser Erklärung hatte die RAF behauptet, der Genosse wolle sich einen Freispruch ‚erschleichen', indem er der Roten Hilfe beigetreten sei. Diese Erklärung führte das Gericht als Beweis an, daß die RAF selbst wisse, daß Mahler an der Befreiung beteiligt war, sonst habe er sich nicht durch alle möglichen Tricks einen Freispruch ‚erschleichen' wollen." Diese Stellungnahme der GRF in der „Roten Fahne" Nr. 49/74 bedeutet nichts anderes als den RAF-Genossen zu unterstellen, sie hätten dem Gericht den „Beweis" geliefert, den es zur Verurteilung von Horst Mahler brauchte, seien also mindestens objektiv verantwortlich für seine Verurteilung.

Die GRF-Führer belassen es nicht bei dieser üblen Hetze gegen die RAF-Genossen, die noch nicht einmal die bürgerliche Presse brachte. In der „Roten Fahne" Nr. 2/75 heißt es unter der Überschrift: „Im neuen Jahr verstärkt für die Freiheit der politischen Gefangenen kämpfen!": „Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen wird die Taktik der Bourgeoisie immer klarer: Mit allen Mitteln soll von dem Terrorurteil gegen Horst Mahler abgelenkt werden." Wie soll man diese Feststellung, zumal die RAF-Genossen in dem Artikel mit keinem Wort erwähnt werden, anders verstehen, als daß der Hungerstreik, bei dem rund 40 Genossen ihr Leben einsetzen, nichts ist als ein Ablenkungsmanöver? Wie soll man das anders verstehen, als daß der Hungerstreik beendet werden soll – so oder so – damit man sich auf das Terrorurteil gegen Horst Mahler konzentrieren kann? **Diese Stellungnahmen der GRF sind nichts anderes als Wasser auf die Mühlen der Bourgeoisie! Diese Stellungnahmen entlarven die „Solidarität" der GRF-Führer als abgrundtiefe Heuchelei. Sie zeigen, daß die GRF in ihrem kleinbürgerlichen Karrierismus und Geltungsdrang (man vergesse nicht, daß Horst Mahler als einer der Stars bei der Wahl in Westberlin fungieren soll) zum offenen Kampf gegen die politischen Gefangenen übergeht und zwar mit Methoden, die selbst in der „UZ" ihresgleichen suchen.**

Im Verlauf des Jahres 1974

Offenere Entlarvung der SU-Imperialisten

Fortsetzung von Seite 2

die arabischen Völker sehr erzürnt. In Reden in diesem Jahr hat der ägyptische Präsident Anwar el Sadat die Sowjetunion beschuldigt, daß sie einerseits Waffenlieferungen zurückhält und andererseits ständig auf die Bezahlung von Schulden pocht. Sadat entlarvte das als ein Mittel, Ägypten über die sogenannte „Hilfe" zu kontrollieren. Sadat bekräftigte: „Wir sind nicht bereit, auch nur im geringsten, unseren nationalen Willen aufzugeben."

IV. Bei den Zypern-Ereignissen gossen die sowjetischen Revisionisten Öl aufs Feuer und versuchten im Trüben zu fischen, wodurch sie ihre finsteren Pläne offenbarten.

Beim Ausbruch der Zypern-Ereignisse unterstützten die sowjetischen Revisionisten erst die eine und dann die andere Seite, um so Uneinigkeit zu säen und Verwirrung zu stiften. Sie gingen planmäßig daran, sich in die inneren Angelegenheiten Zyperns einzumischen. Als sie dabei dann keine Unterstützung fanden, schlugen sie sich selbst für die Aufgabe einer „Sonderkommission" der UNO vor. Die sowjetischen Revisionisten griffen zu jedem nur möglichen Trick und zeigten so allen, daß es ihnen nicht um die „Interessen des zypriotischen Volkes und um den Weltfrieden" ging, sondern allein um ihre sozialimperialistische Aggression und Expansion, um die Rivalität mit dem US-Imperialismus im Mittelmeerraum.

Eine algerische Zeitung wies darauf hin, daß der Wettkampf zwischen den beiden Supermächten, der USA und der Sowjetunion um die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen, den Zypern-Konflikt kompliziert habe. Die argentinische Zeitung „Panorama" sagte, daß die Sowjetunion versucht, die liebsten Träume der alten Zaren im Mittelmeerraum zu verwirklichen.

V. Die sowjetischen Revisionisten verstärken den Wettkampf mit dem US-Imperialismus im indischen Ozean, indem sie kontinuierlich Aufruhr stiften und die Spannung im südasiatischen Kontinent aufrechterhalten.

Vor einigen Jahren unterstützten die sowjetischen Revisionisten offen die Zerstücklung Pakistans und legten so die Wurzeln der neuen Unruhen auf dem südasiatischen Subkontinent frei. Im letzten September unterstützten sie Indien bei der erneuten Annexion eines souveränen Staates, nämlich Sikkims. Diese Annexion war ein offener Akt indischer Expansion. Die Völker der südasiatischen Länder und alle anderen gerechtigkeitsliebenden Völker und Länder auf der ganzen Welt haben dies streng verurteilt. Nur Moskau pries Indiens Aktion. Die südasiatischen Länder sehen den Sachverhalt sehr klar. Die pakistanische Zeitung „Ta'meer" wies darauf hin „Indien hätte niemals gewagt, sich einen unabhängigen, souveränen Staat einzuverleiben, wenn die Sowjetunion Indien nicht angestiftet und ihm nicht militärisch den Rücken gedeckt hätte". Im vergangenen Jahr legte der sowjetische Revisionismus einen ungewöhnlichen „Enthusiasmus" für die „Asiatische Sicherheit" an den Tag. Tatsächlich drohte er aber einigen Nationen in Südasien, griff andere an und stiftete Streit zwischen den Nationen. Obwohl die sowjetischen Revisionisten oft „Entspannung" und „Frieden" beschwören, stimmten sie in der UNO gegen den Vorschlag, den indischen Ozean zu einer Friedenszone zu erklären. Im Gegenteil, ständig haben sie 30 – 40 Kriegsschiffe dort, um mit ihrer militärischen Kraft zu drohen.

VI. Die Besetzung von japanischen Gebieten und wiederholte militärische Drohungen gegen dieses Land haben die Empörung des japanischen Volkes und scharfe Proteste hervorgerufen.

In diesem Jahr hat das japanische Volk ununterbrochen für die Rückgabe der besetzten Gebiete gekämpft. Die sowjetischen Revisionisten haben die Herausgabe der Inseln nicht nur schroff abgelehnt, sondern gleichzeitig die gerechten Forderungen des japanischen Volkes als „revanchistische Agitation" und „Provokation" beschimpft. Sie haben wiederholt Druck auf die japanische Regierung und auf das japanische Volk ausgeübt, um Japan zu zwingen, seine Souveränität in Bezug auf diese Inseln aufzugeben. Inzwischen dringen sowjet-revisionistische Schiffe und Flugzeuge immer wieder in japanischen Luftraum und japanische Gewässer ein. 200 bis 300 mal sollen die sowjetischen Revisionisten allein in den japanischen Luftraum eingedrungen sein und stellen so eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit Japans dar. Die Sowjetrevisionisten sandten ihre Schiffe aus, um in den japanischen Küstengewässern zu kreuzen, wo sie das Wasser verschmutzten, Fischernetze zerstören und zu Druck und Erpressung greifen.

All das hat dem japanischen Volk deutlich gezeigt, welche Gefahr aus dem Norden droht und mit dazu beigetragen, daß es seinen Kampf für die Rückgabe der nördlichen Territorien verstärkte. Japanische Fischer forderten von der Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um das sowjetische Großmachtgebaren zu beenden. Die japanische Regierung hat wiederholt gefordert, daß die sowjetische Regierung ihre militärischen Übungen vor der japanischen Küste einstellen soll.

VII. Die sowjetischen Revisionisten haben auf dem internationalen Markt zum Nachteil der dritten Welt riesige Profite gemacht.

Die sowjetischen Revisionisten haben das Ansteigen der Öl- und Getreidepreise ausgenutzt und seit Beginn dieses Jahres eine Reihe von Unternehmungen auf dem Weltmarkt aufgenommen. So wurde vor kurzem der Irak gezwungen, als Bezahlung für Waffen, die er im Oktoberkrieg erhalten hatte, Öl unter seinem Wert für 13,8 Millionen US-Dollar zu verkaufen. Bevor das Öl noch ausgeliefert war, hatten es die sowjetischen Revisionisten bereits wieder für 41,5 Mio US Dollar an Westdeutschland verkauft – zu einem Preis also, der ihnen 300% Gewinn brachte. Ähnlich hohe Profite machten sie mit dem Wiederverkauf von Naturgas, das ihnen der Iran verkaufte. So ist es kein Wunder, daß sie sich in der ausländischen Presse den Spitznamen „Die Ölbarone aus dem kapitalistischen Rußland" eingehandelt haben.

Die sowjetischen Revisionisten trieben die Weltgetreidepreise in die Höhe, indem sie Getreide aufkauften und es dann, wenn die Preise stiegen, in großen Mengen und zu hohen Preisen verkauften. Es wird berichtet, daß sie US-Weizen zu 60 Dollar die Tonne kauften, den Preis aber zwei- oder dreifach erhöhten, wenn sie den Weizen an andere Länder weiterverkauften. Sie fahren fort, ihre Munition zu hohen Preisen zu verkaufen und sind der größte Waffenhändler der Welt geworden. Mit Dollars aus diesem Handel verleihen sie Geld auf dem europäischen Geldmarkt mit den außergewöhnlich hohen Zinsen von 10%. Ihre Fähigkeit zu spekulieren und Gewinn zu erzielen, stellt den alten westlichen Geschäftsmann in den Schatten. Die ausländische Presse weist darauf hin, daß der sowjetische Revisionismus kapitalistischer ist als die meisten der kapitalistischen Mächte. Die iranische Presse stellt fest: „Die Russen waren schnell dabei, mit dem internationalen Preisanstieg Profite zu machen." Und beschreibt diesen Akt als „offene Ausplünderung und Erpressung."

VIII. Die offenkundigen Spionageaktivitäten der sowjetischen Revisionisten wurden oft entlarvt und ihre Spione sind in allen Teilen der Welt ausgewiesen worden, wodurch sich die Aufmerksamkeit und die Wachsamkeit in vielen Ländern erhöhte.

Moskaus Spionagenetz ist weitgespannt. In diesem Jahr sind in Ghana, Tunesien, Tansania, Thailand, Japan, Westdeutschland, Neuseeland und in China sowjetische Spionagetätigkeiten aufgedeckt worden. Die sowjetischen Spione, die sich in diesen Ländern als Mitglieder von „Militärmissionen", als „Diplomaten" und „Journalisten" tarnten, wurden entdeckt und aus dem Land gewiesen. Die thailändische Presse enthüllt, daß 500 sowjetische Geheimdienstagenten in Thailand und in anderen südostasiatischen Ländern sind und daß Bangkok jetzt das Zentrum der Spionageaktivitäten in Südostasien sowohl für die US-Imperialisten als auch für die Sowjetunion geworden ist.

Während dieses Jahres hat die Sowjetunion eine Anzahl von „Trawlern", „wissenschaftlichen Forschungsschiffen" und Unterseebooten in die Küstengewässer Britanniens, Frankreichs, Schwedens, Irlands und Australiens geschickt, die dort Spionage betrieben. Viele von ihnen wurden entdeckt und davongejagt. Nach einer unvollständigen Angabe wurden in den letzten 10 Jahren aus 40 Ländern sowjetische „diplomatische Personen" ausgewiesen, die in Spionage und Subversion verwickelt waren. Die thailändische Zeitung „Asiatische Rundschau" weist darauf hin: „Das Unheil, das mit den Agenten aus Moskau kommt, ist nicht weniger schlimm als das, das der CIA mit sich bringt."

Die aufgeführten Beispiele sind nur einige der üblen Taten der sowjetischen Revisionisten aus dem letzten Jahr. Obwohl sie den Völkern der Welt erheblichen Schaden zufügten, haben sie doch auch gleichzeitig die Wachsamkeit der Völker erhöht.

In der heutigen Welt erkennen mehr und mehr Menschen aus den verschiedensten Lebensbereichen das wahre Wesen des sowjetischen Revisionismus. Sie verfolgen die hinterhältige Taktik, mit der die sowjetischen Revisionisten ein Gesicht der Öffentlichkeit zeigen und das andere verstecken, mit der sie trotz ihrer feinen Worte vor keinem Verbrechen zurückschrecken, mit der sie immer und überall für ihre eigenen Interessen gegen die Interessen der Dritten Welt handeln. Auf diese Weise sind viele Völker auf Grund ihrer eigenen Erfahrung zu dem Schluß gelangt, daß die sowjetischen Revisionisten nicht, wie sie selber behaupten, Sozialisten sind, sondern Sozialimperialisten. Daß sie nicht, wie sie selber behaupten, Verbündete sind, sondern gefährliche Feinde.

Gleichzeitig hat die Tatsache, daß die sowjetischen Revisionisten laut von „Freundschaft" tönen, während sie Uneinigkeit säen, „Entspannung" predigen, während sie Spannung schaffen, auch vielen Ländern der Zweiten Welt klarer gemacht, was die eigentlichen Ziele der sowjetischen Revisionisten sind. Sie sind in ihren Beziehungen mit ihnen vorsichtiger geworden. Sogar die Partner innerhalb der sogenannten „großen Gemeinschaft" zeigen wachsende Unzufriedenheit mit den Praktiken der sowjetischen Revisionisten, weil sie nur ihre eigene Hegemonie im Auge haben und die anderen fallen lassen, egal ob sie dabei untergehen oder schwimmen. Diese Unzufriedenheit drückt sich hin und wieder in Stellungnahmen des einen oder anderen Partners aus.

Die wachsende Einsicht der Völker der Welt in das wahre Wesen der sowjetischen Sozialimperialisten ist ein wichtiges Anzeichen dafür, daß der Kampf gegen den Hegemonismus sich in die Tiefe entwickelt und daß die internationale Situation ausgezeichnet ist.

Obwohl die sowjetische Renegatenclique schon wiederholt entlarvt wurde, versucht sie doch manchmal noch, sich hinter ihrer Maske zu verstecken und längst abgedroschene Phrasen zu präsentieren. Gelegentlich allerdings sind sie nicht in der Lage, sich die Zeit zu nehmen, um die Maske überzustülpen. Ohne die Verkleidung kommen sie dann als die Despoten zum Vorschein, die sie sind. Das zeigt, daß die sowjetischen Revisionisten in die Sackgasse geraten und mit ihrer Weisheit am Ende sind.

Wenn man zum Anfang der 50er Jahre zurückschaut, so erinnert man sich, daß einige Leute sich damals, als der US-Imperialismus den Platz des dekadenten alten Kolonialismus übernahm, nicht vorstellen konnten, daß mit ihm ein neuer Kolonialismus beginnen sollte. Die Ereignisse selbst allerdings belehrten sie dann über das wahre Wesen des US-Imperialismus. Ein Sturm rollte gegen den US-Imperialismus über den Erdball. Heute erwartet den sowjetischen Sozialimperialismus ein ähnliches Schicksal. Nach einigen Jahren der Täuschung und der Tricks ist das Ansehen des sowjetischen Revisionismus verlorengegangen. Obwohl das Aushängeschild des sowjetischen Sozialimperialismus das alte geblieben ist, hat sich die internationale Situation gegenwärtig gewaltig geändert. Der Kampf der Völker gegen das sowjetische und das amerikanische Hegemoniestreben wächst und entwickelt sich vorwärts. Die prahlerische und hochmütige Haltung der Breschnew-Clique kann doch ihre grundlegende Schwäche nicht verbergen, die Tatsache, daß sie mit inneren und äußeren Schwierigkeiten überhäuft ist. Wenn die sowjetischen Revisionisten ihren Wettkampf mit dem US-Imperialismus weiter verstärken, dann wird der Sturm des Kampfes, den die Völker entfacht haben, nur noch heftiger wehen. Den Sozialimperialisten stehen noch schwere Niederlagen bevor, als sie die alten Expansionisten erlebt haben.

Westdeutsche Imperialisten

Grossmachtträume...

Fortsetzung von Seite 1

War es bei Hitler der „Lebensraum", ist es bei Genscher die „geographische Lage", die als Begründung für eine Vormachtstellung herhalten muß. War es bei Hitler die besondere historische Rolle der „arischen Rasse", ist es bei dem westdeutschen EG-Kommissar die „historische Rolle der Bundesrepublik". Nur schlecht können die westdeutschen Imperialisten verleugnen, in wessen Traditionen sie stehen.

Die Völker Europas und der ganzen Welt und insbesondere das deutsche Volk haben diese „historische Rolle" der westdeutschen Imperialisten, des deutschen Imperialismus, nur zu gut in Erinnerung. Es ist die Rolle eines aggressiven Imperialismus, der bereits zweimal einen Weltenbrand entfacht hat, um seine imperialistischen Ansprüche gegen seine Konkurrenten durchzusetzen.

Die westdeutschen Imperialisten wissen sehr gut, daß unser Volk diese Verbrechen nicht vergessen hat, daß es aufgrund seiner Erfahrungen wachsamer geworden ist.

Das ist auch der Grund, warum die westdeutschen Imperialisten ständig versuchen, ihre erneuten Pläne demagogisch zu verschleiern: Ihre wirtschaftliche Macht, sagen sie, verdamme sie geradezu, in die internationale Politik verstärkt einzugreifen. Und außerdem, sagen sie, würde ihnen die Rolle einer Großmacht, einer Weltmacht geradezu von der Welt aufgedrängt. Das sind unerhörte Lügen!

Lüge 1: Die westdeutschen Imperialisten tun gerade so, als seien sie zu einer bestimmten Politik gezwungen, weil sie eine starke Wirtschaftsmacht besäßen. Tatsächlich aber haben sie seit der Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft in Westdeutschland stetig daran gearbeitet, wirtschaftlich mit den anderen Imperialisten wieder konkurrieren zu können, um erneut ihre Ansprüche auf Vorherrschaft zu stellen. **Lohnraub, Teuerung, Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit, verschärfte politische Unterdrückung – all diese Daumenschrauben haben die westdeutschen Imperialisten Jahr für Jahr fester angezogen, um auch das letzte aus den Werktätigen unseres Landes herauszupressen. Immer mehr haben sie versucht, in den Ländern der Dritten Welt und anderen Ländern Profite zu scheffeln. All das mit dem Ziel, immer größere Kapitalien in andere Länder zu exportieren, sich dort festzukrallen, ihren wirtschaftlichen Einfluß zu vergrößern, um schließlich auch – wie sie es heute immer lauter tun – ihre politischen Ansprüche geltend zu machen.** Ihre heutigen politischen Ansprüche nach Vorherrschaft sind die direkte Konsequenz ihrer wirtschaftlichen Expansionspolitik. Ihre Kredite an andere Länder, vornehm „Unterstützung" genannt, dienen keinem anderen Ziel, als Abhängigkeit, die Grundlage für Vorherrschaft zu schaffen.

Noch sind die westdeutschen Imperialisten keine Weltmacht, keine Supermacht, aber mit jedem Schritt, den sie tun, versuchen sie diesem Ziel sich langsam zu nähern.

Lüge 2: Die Welt dränge ihnen die Rolle einer Supermacht auf. Das ist allerdings eine plumpe Lüge. Die Völker auf der ganzen Welt, die sich zur Einheitsfront gegen den deutschen Imperialismus, gegen den Hitlerfaschismus zusammengeschlossen hatten, sie sollen heute dem westdeutschen Imperialismus die Rolle einer Großmacht aufdrängen? Im Gegenteil. **Mit großer Sorge und Wachsamkeit verfolgen sie aufmerksam, wie die westdeutschen Imperialisten mit verschärfter Unterdrückung nach innen und verstärktem Expansionsdrang nach außen im Schatten beider Supermächte wieder um Macht und Einfluß ringen. Sie haben den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus niemals eingestellt.**

Unterstützung finden die westdeutschen Imperialisten lediglich bei den ärgsten Feinden der Völker, bei den beiden Supermächten USA und Sowjetunion. Im Bunde mit diesen beiden blutrünstigen Mächten versuchen die westdeutschen Imperialisten, ihre Machtpositionen auszubauen. Sowohl die US-Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten sehen in Westdeutschland einen Partner, den es gilt, für ihre Ziele einzuspannen.

Die US-Imperialisten haben den westdeutschen Imperialisten auf unserem Kontinent die besondere Rolle als „Feuerbrigade" der US-Interessen zugedacht. Sie sind in Westeuropa die lautesten Propagandisten der amerikanischen Vorherrschaft. Mehr noch: Jahr für Jahr erhöhen die westdeutschen Imperialisten gemäß den Forderungen aus Washington ihre Unterstützung der Nato um Milliarden und fordern die anderen Länder Westeuropas auf, das gleiche zu tun.

Diese ständige Verstärkung der Nato dient den US-Imperialisten, um die Länder Westeuropas unter ständigem militärischen Druck zu halten, zugleich aber auch, um eine Reserve für ihre hegemonistischen Ziele im Mittelmeer und im Nahen Osten zu haben. Das hat die 25jährige Existenz dieses aggressiven Blocks nachhaltig erwiesen. Der westdeutsche Imperialismus erhofft sich auch aus Washington für diese Unterstützung gute Entlohnung. Das ist auch mit ein Grund, warum die westdeutschen Imperialisten als Hauptstütze des US-Imperialismus sich bereit erklärt haben, die Abenteuer des US-Imperialismus im Nahen Osten zu unterstützen – und sei es militärisch. **Es zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten, nicht anders als zur Zeit Hitlers, bereit sind, Kriege vom Zaun zu brechen, um für ihren Weg zur Macht, zu einem besseren Platz an der Sonne, freie Bahn zu schaffen.**

So denken die westdeutschen Imperialisten bei der Stärkung der Nato auch vor allem daran, selbst eine größere Rolle auf dem Kontinent spielen zu können. In Bonn betrachtet man die Nato als ein solides Sprungbrett, um die hegemonistischen Ziele verwirklichen zu können, die Hitler und Adenauer nicht zu erreichen vermochten. Heute bereits ist die westdeutsche Bundeswehr mehr aufgerüstet als die faschistischen Hitlertruppen zu Beginn ihrer faschistischen Überfälle auf die Länder Europas. Und die Propagandisten des westdeutschen Imperialismus lassen keine Möglichkeit aus, die „Schlagkraft" des westdeutschen Kriegsheeres zu preisen. Eine Bildunterschrift im „Spiegel": „Deutsche Panzer: ‚Die Bundeswehr wird's schon machen'."

Unterstützung erfahren die westdeutschen Imperialisten aber auch von der anderen Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus. Die sowjetischen Sozialimperialisten möchten nur allzu gerne mit ihren Freunden in Westdeutschland enger anbändeln, um ihren Einfluß in Westeuropa auszuweiten. Für die Unterstützung des Betrugs mit der sogenannten Sicherheitskonferenz, die sich die Herren in Moskau so sehr wünschten, um schachern zu können, für Milliarden Wirtschaftskredite, erhielten die westdeutschen Imperialisten aus Moskau politische Aufwertung. Ihnen wurde bescheinigt, daß sie friedlich geworden wären, daß sie eine wichtige politische Macht geworden seien usw. Laut „Spiegel" soll bereits 1970 ein „hoher Mitarbeiter des sowjetischen Außenministeriums deutschen Gesprächspartnern" geraten haben: „Die Bundesrepublik muß endlich die Verantwortung annehmen, die sich daraus ergibt, daß sie der ökonomisch stärkste, politisch stabilste und militärisch bedeutendste Staat Westeuropas ist."

Die Bonner Unterstützung der aggressiven Ziele der sowjetischen Sozialimperialisten, das Hochloben der westdeutschen Imperialisten in Moskau, dies wirft ein bezeichnendes Licht sowohl auf die sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion als auch auf die westdeutschen Imperialisten.

Mit der Unterstützung beider Supermächte stärkt sich die westdeutsche Bourgeoisie in gefährlichem Maße. **Die imperialistische Politik der Bonner Regierung, ihre enge Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus steigert noch mehr die Spannung in Europa sowie die Gefahren für die Freiheit und Unabhängigkeit ausnahmslos aller europäischen Länder.** Die westdeutschen Imperialisten sowenig wie die beiden Supermächte werden davor zurückscheuen, eine Neuaufteilung der Welt unter den Imperialisten, einen imperialistischen Weltkrieg anzuzetteln, in der Hoffnung, auf diese Weise ihre Macht auszudehnen.

Das immer offenere Auftreten der westdeutschen Imperialisten, ihre Ansprüche, die sie immer unverhohlener zum Ausdruck bringen, werden die Empörung und die Kampfbereitschaft unseres Volkes sowie auch der anderen europäischen Völker verstärken. **Es ist die Aufgabe der Vorhut der westdeutschen Arbeiterklasse, der Kommunisten und aller fortschrittlichen Menschen, noch entschlossener im revolutionären Kampf die Interessen unseres Volkes und aller Völker gegen den amerikanischen Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus, aber auch den westdeutschen Imperialismus zu verteidigen, damit die Revolution einem imperialistischen Weltenbrand zuvorkommt.**

Minimalprogramm der Volksfront in Chile veröffentlicht

Das geeinte Volk wird siegen!



„Die amerikanischen and nationalen Monopole haben, in enger Allianz mit den Großgrundbesitzern, ein blutiges, faschistisches Unterdrückersystem errichtet, zusammen mit der erbarmungslosesten, größten Ausbeutung, die unser Land jemals gekannt hat. Sie trifft nicht nur die Arbeiter und armen Bauern, sondern auch das Kleinbürgertum und die mittlere Bourgeoisie. Die Krise erreicht selbst die nichtmonopolistische Großbourgeoisie." So kennzeichnet „El Pueblo", das Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles (RKPCh), in seiner Ausgabe vom Juli 1974 die gegenwärtige Situation in Chile.

Die Junta der Mördergenerale, die ihre Verbrechen gegen das Volk im Auftrag und mit Unterstützung der Imperialisten, vor allem der amerikanischen Imperialisten begeht, hat die Reichtümer des Landes den imperialistischen Monopolen zur Ausplünderung freigegeben. Die hemmungslose Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole und durch die Großgrundbesitzer, die sich erneut in den Besitz großer Ländereien gesetzt haben, hat die wirtschaftliche Lage des chilenischen Volkes auf das äußerste verschlechtert.

In seiner Oktobernummer veröffentlicht „El Pueblo" eine Übersicht über die ungeheuren Preissteigerungen der Güter des täglichen Bedarfs, unter denen das chilenische Volk zu leiden hat. Der Liter Milch hat sich von 120 Escudos auf 200 verteuert, das Kilo Zucker von 600 auf 1 090 Esc., das Kilo Reis von 500 auf 800 Esc., und um ähnliche Beträge haben sich die Preise für Brot, Trinkwasser und Gas verteuert. All das hat bewirkt, daß eine Familie täglich 5 000 Escudos braucht, um sich nur die notwendigsten Dinge zum Leben kaufen zu können, d. h. 150 000 Escudos im Monat. Die Minimallöhne der Arbeiter in den Fabriken und Bergwerken betragen dagegen nur 48 000 Escudos im Monat. **Das angebliche „Paradies des nationalen Neubeginns", von dem die Junta bei ihrem Machtantritt lauthals tönte, hat Chile nicht nur in ein Zuchthaus verwandelt, sondern hat für die Werktätigen nur Hunger, Elend und Not bereit.**

Angesichts dieser Situation veröffentlichte die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles im Juli in „El Pueblo" das Minimalprogramm einer Volksfront. „Obwohl diese Situation sehr schmerzhaft ist", erklärt „El Pueblo", „bietet sie aber auch ausgezeichnete Bedingungen, um die Einheit des Volkes zu schmieden, um den Imperialismus zu bekämpfen – der die Ruhe in seinem ‚Hinterhof' sichern möchte – und die Diktatur zu stürzen. Das Minimalprogramm, das die Volksfront aufstellte und das von allen Patrioten, darunter auch von der Revolutionären Kommunistischen Partei unterstützt wird, drückt die tiefsten Bestrebungen unseres Volkes zur gegenwärtigen Stunde aus und ist ein Instrument der Einheit und des Kampfes. Das Minimalprogramm umfaßt:

1. Kampf für den Sturz der Diktatur, die Beendigung der Unterdrückung, die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und für eine Generalamnestie, für die Wiedereinrichtung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten, vor allem der Freiheit des Denkens, des Wortes, der Versammlungsfreiheit und der gewerkschaftlichen Rechte.

2. Kampf gegen die unerhörte Ausbeutung; für die Erhöhung der Löhne und für den Stop der Preissteigerungen der lebenswichtigen Produkte, gegen die unverschämten Steuern, die sich gegen die Werktätigen richten. Schluß mit der politischen Unterdrückung, den Entlassungen, für die Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter."

In weiteren Programmpunkten wird zum Kampf für die Respektierung der Autonomie der Universitäten, für die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen in Landwirtschaft, Handel und Industrie und gegen die Reprivatisierung der enteigneten Unternehmen der Imperialisten aufgerufen.

„6. Kampf um die Weiterführung und Vertiefung der Agrarreform. Für die Verteidigung und wirtschaftliche und technische Unterstützung der ‚asentamientos' (eine Form des kollektiven landwirtschaftlichen Besitzes, der unter den bisherigen Regierungen entwickelt wurde) und für landwirtschaftliche Kooperativen.

Ohne auf die politischen Ziele zu verzichten, die wir verfolgen und für die wir weiter kämpfen, erlaubt uns dieses Minimalprogramm, uns in allen Bereichen zu vereinigen, die von der Diktatur betroffen sind, die Kräfte einer breiten Volksfront zu sammeln, in der die Arbeiterklasse den Kopf bilden und die Partei die Führung haben muß."

Die Ereignisse in Chile haben bewiesen, daß es für das chilenische Volk im Kampf für seine Freiheit, seine Unabhängigkeit und sein Recht auf ein besseres Leben keinen friedlichen Weg geben kann. **„Wenn das Volk die Macht erringen will", schreibt „El Pueblo", „muß es kämpten, um sie zu erringen, muß es sich eigene Organisationsformen geben und sich auf seine eigenen Waffen stützen."**

Die modernen Revisionisten betrogen das Volk mit ihrer Demagogie vom „friedlichen Weg" zur Unabhängigkeit und zum Sozialismus. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß das Volk den Mörderbanden der Generale mit leeren Händen, ideologisch, politisch und militärisch entwaffnet gegenüberstand. **Damit nicht genug, sorgten die Führer der revisionistischen Partei während der Regierung der Unidad Popular dafür, daß die Armee und die Polizei, die sie demagogisch als das „Volk in Uniform" bezeichneten, mit Kontingenten modernster Waffen ausgerüstet wurde, den gleichen, die kurz darauf zum Mord an tausenden von antifaschistischen Kämpfern benutzt wurden.** Heute haben die modernen Revisionisten eine große Propagandakampagne entfacht, in der sie sich als die Helden des Widerstandes gegen die Junta feiern. Die revisionistischen Parteien der ganzen Welt, mit den sowjetischen Revisionisten an der Spitze, sind in dieses Propagandageschrei eingefallen, um das chilenische Volk und die Völker der Welt über ihre wahren Absichten zu täuschen. Ihre wirklichen Absichten enthüllend schreibt „El Pueblo": *„In unserem Land sind die falschen Kommunisten als Agenten einer fremden Macht gegen den US-Imperialismus und gegen die Diktatur, aber aus ganz anderen Gründen als das Volk. Sie geben vor, Schluß machen zu wollen mit der Herrschaft der Amerikaner, versuchen aber zur gleichen Zeit die Errichtung einer sowjetischen Herrschaft vorzubereiten. Das heißt, sie sind gegen den einen Imperialismus und zur gleichen Zeit Partisanen für einen anderen. Das Volk beginnt das zu verstehen. Es befreit sich von ihrem Einfluß und schlägt seinen eigenen Weg ein, den der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit. Die Herrschaft der Imperialisten und der Militärfaschisten wird unausweichlich durch den Kampf des Volkes geschlagen werden."*

Grussadresse an den CISNU - Weltkongress

In der Bundesrepublik findet zur Zeit der diesjährige Weltkongreß der Conföderation Iranischer Studenten (Nationale Union) – CISNU – statt. Auf Anweisung der Bundesregierung verboten die westdeutschen Behörden an der Schweizer Grenze 40 Teilnehmern die Einreise in unser Land, weil der Kongreß die „wirtschaftlichen und politischen Belange der Bundesrepublik gefährde". Damit enthüllten die westdeutschen Imperialisten offenherzig ihre Zusammenarbeit mit dem faschistischen Schahregime, die sie gerade jetzt intensivieren, um sich verstärkt an der Ausplünderung des Iran zu beteiligen.

In ihrer Grußadresse an den Kongreß entbot unsere Partei der CISNU ihre herzlichen und brüderlichen Kampfesgrüße und bekundete ihre Solidarität im Kampf gegen die Versuche des westdeutschen Imperialismus, die CISNU zu verbieten und iranische Revolutionäre und Patrioten an das Henkerregime des Schah auszuliefern. In der Grußadresse wird hervorgehoben, daß auch das deutsche Volk von tiefem Haß gegen das Schahregime erfüllt ist, was sich auch in den großen antiimperialistischen Kampfaktionen gezeigt hat. In der Grußadresse heißt es dann wörtlich weiter:

„Die westdeutschen Imperialisten sind direkt an der Ausplünderung des Iran beteiligt. Es ist kein Wunder, daß sie vor kurzem in mehreren Städten der Bundesrepublik eine Propagandashow für das Schahregime zu inszenieren versuchten; denn das Schahregime, das durch einen CIA-Putsch in den Sattel gehoben wurde, hat dem Imperialismus Tür und Tor geöffnet. Nach wie vor hält der US-Imperialismus die Vormachtstellung im Iran. Er ist der größte imperialistische Räuber im Iran, dessen Reichtümer er plündert und den er in Waffenlager gegen die Völker des mittleren Ostens verwandelt hat. Mit den Waffen des US-Imperialismus kämpfen die Truppen des Schahs gegen die Revolution am Golf.

Aber auch der sowjetische Sozialimperialismus ist ein äußerst gefährlicher Feind der Völker des Iran. Es ist bekannt, daß auch die sowjetischen Sozialimperialisten stark an der Ausplünderung des Iran beteiligt sind. (...) Die besondere Gefährlichkeit des sowjetischen Sozialimperialismus liegt aber darin, daß dieser imperialistische Wolf den „Sozialismus" als Schafspelz benutzt, daß er vorgibt, die Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen, um sich ihr Vertrauen zu erschleichen. Manche behaupten, man könne sich im Kampf gegen den US-Imperialismus mit dem sowjetischen Sozialimperialismus und seinen Agenturen verbünden. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. In scharfer Rivalität mit dem US-Imperialismus kämpfen die sowjetischen Sozialimperialisten um die Vorherrschaft in der Welt. Man darf die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß von dieser Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Hegemonie gegenwärtig die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg ausgeht und daß gerade der Persische Golf zu einem Brennpunkt der Rivalität der beiden Supermächte geworden ist. **Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann sich kein Volk der Welt befreien, wenn es nicht beide Supermächte, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, schonungslos bekämpft."**

Die Grußadresse schließt mit den Parolen:

Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime! Nieder mit dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus! Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus! Hände weg von der CISNU! Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz! Es lebe die Freundschaft des deutschen Volkes mit den Völkern des Iran! Es lebe der proletarische Internationalismus!

Die Feinde der arabischen Völker setzen ihre Drohungen fort

Weiterhin verschwören sich die Feinde der arabischen Völker und versuchen mit Drohungen, Sabotage und Kriegsvorbereitungen, die arabischen Völker einzuschüchtern und zur Aufgabe ihres gerechten Kampfes zu zwingen.

In Washington bestätigte US-Präsident Ford noch einmal die Drohungen Kissingers, daß die US-Imperialisten auch mit militärischer Gewalt gegen die Ölförderländer und insbesondere gegen die arabischen Länder vorgehen würden.

Nachrichtenagenturen melden, daß im Zusammenhang mit der Drohung Kissingers gegenwärtig in der Nähe von Sardinien Landemanöver der US-Streitkräfte stattfinden. An diesen Manövern sind über 2000 amerikanische Marinesoldaten beteiligt. Diese Landemanöver, die durch zwei amerikanische Atom-U-Boote unterstützt werden, gehören zu den Vorbereitungen des US-Imperialismus auf die derzeitige Besetzung der Erdölländer, insbesondere der arabischen Länder. In diesem Zusammenhang erklärte der Kommandeur der 6. US-Flotte im Mittelmeer: Die Amerikaner seien bereit, jede ihnen anvertraute Mission zu erfüllen.

Die arabischen Länder haben die Drohung Kissingers energisch zurückgewiesen: **„Die Ölländer bestehen auf ihre legitimen Rechte an ihren Naturreichtümern und werden sie auch angesichts von Drohungen nicht aufgeben"** schreibt die ägyptische Zeitung „Al Akhbar". Der Generalsekretär der arabischen Liga, Riad, forderte die arabischen ölproduzierenden Staaten auf, sich Gedanken über Gegenmaßnahmen für den Fall eines amerikanischen Militäreinsatzes gegen die Ölstaaten zu machen. Die Zeitung „Al Ahram" stellte fest, daß die Kissinger-Drohungen die amerikanisch-israelische Verschwörung zum Angriff auf die Araber beweise. Die Zeitung rief die arabischen Staaten auf, sofort auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet eine neue Strategie zu entwickeln, um möglichen amerikanischen Interventionen entgegentreten zu können.

Nachdem die Drohung Kissingers sowie die Zusagen der westdeutschen Imperialisten, den US-Imperialismus bei seinen Abenteuern zu unterstützen, Empörung und Proteste der Werktätigen in Westdeutschland hervorgerufen haben, versucht die Regierung zu dementieren, daß sie dem US-Imperialismus aktive Unterstützung zugesichert hätte. Aber nicht einmal die bürgerlichen Zeitungen wollen das für bare Münze nehmen. Die „FAZ" bemerkte dazu: „Wir haben nicht einmal den Trost, daß wir dieses Mal wie der Bundeskanzler bemerkte, zum ersten Male passiv in einen Konflikt hineingezogen würden: Nein, so unschuldig sind wir nicht, mit der Entstehung Israels haben wir schon einiges zu tun." Zugleich berichtet die Zeitung über neue Regelungen zwischen Bonn und Washington: „Sie sehen offenbar vor, daß Bonn die Benutzung amerikanischer Basen und amerikanischen Rüstungsmaterials in der Bundesrepublik dulden wird, wenn Washington sich befleißigt, öffentliches Aufsehen zu erregen."

Auch die sowjetischen Sozialimperialisten führen ihre Sabotageakte gegen den Kampf der arabischen Völker fort. Trotz der Drohungen der israelischen Zionisten und ihrer Herren in Washington weigern sich die sowjetischen Sozialimperilaisten, den arabischen Ländern die zugesicherten Waffen zu verkaufen. Sie stellen Bedingungen, die für die arabischen Völker unannehmbar sind: Daß in den arabischen Ländern sowjetisches Militär, sogenannte „Militärberater" stationiert werden. Für die arabischen Völker würde das bedeuten, sich vor den Drohungen der einen Supermacht in die Fangarme der anderen zu begeben. In einem Interview mit der syrischen Zeitung „Al Anwar" erklärte der ägyptische Präsident Sadat, **„daß Ägypten seit dem Waffenstillstand im Oktober 1973 bis zum jetzigen Zeitpunkt von der Sowjetunion nur einige Waffen erhalten hat...Eine Wiederauffüllung (der Verluste) seitens der Sowjetunion hat es nicht gegeben..."**

Die israelischen Zionisten jedoch können mit voller Unterstützung ihre unerhörte Aufrüstung sowie ihre Kriegsvorbereitungen vorantreiben. Der Außenminister der israelischen Zionisten, Allon der in Washington erneut 5 Mrd Dollar Rüstungshilfe erbat, erhielt bereits die Zusicherung für weitere zwei Milliarden. Neben ihrer wahnsinnigen Aufrüstung haben die israelischen Zionisten zugleich ihre ständigen Überfälle auf den Libanon verstärkt. In den letzten Wochen haben sie auf mehrere Dörfer schweres Artilleriefeuer eröffnet. Sie betreiben offen eine stetige Eskalation ihrer Aggression. **Wie der libanesische UNO-Delegierte vor der UNO feststellte, haben die israelischen Zionisten allein innerhalb der letzten vier Wochen 396 Aggressionsakte gegen den Libanon unternommen.** Bei diesen Überfällen wurden Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, sowie Menschen von libanesischem Territorium verschleppt.

Angesichts einer solch breiten Verschwörung ihrer Feinde befinden sich die arabischen Völker in einer schwierigen Lage. Aber es besteht kein Zweifel daran, daß die arabischen Völker aufgrund ihrer bisherigen Kampferfahrungen auch diese schwierige Lage überwinden werden. Mag die Zahl ihrer Feinde in der Welt groß sein, die Zahl ihrer Freunde, die Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen, zählt Millionen und Abermillionen, die Völker der Welt.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Erklärung des ZK der KP Thailands

Im bewaffneten Kampf die Macht erobern

Im Dezember 1974 feierte die Kommunistische Partei Thailands (KPTh) den 32. Jahrestag ihrer Gründung. In der Erklärung, die das Zentralkomitee der Partei aus diesem Anlaß veröffentlichte, heißt es, daß „alle Parteimitglieder, Kader, Kämpfer der Volksbefreiungsarmee und die revolutionären Volksmassen des ganzen Landes mit Freude den denkwürdigen Jahrestag in einer ausgezeichneten Situation" begrüßen.

Unter Führung seiner Kommunistischen Partei kämpft das thailändische Volk seit langem gegen den USA-Imperialismus und die sich auf ihn stützenden einheimischen Ausbeuterklassen der Großgrundbesitzer und der großen Kapitalisten, deren Vertreter die reaktionäre Regierung und deren Aushängeschild König Bumiphol ist. Die Reichtümer des Landes, die seltenen und wertvollen Wolfram- und Zinnvorkommen werden von den amerikanischen Monopolen geplündert, und obwohl Thailand zu den größten zinnerzeugenden Ländern der Welt gehört, lebt das Volk in Armut.

Darüberhinaus betrachten die USA-Imperialisten Thailand als ihren „strategischen Flugzeugträger" und als Hinterland für ihren Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas. Von den Dutzenden von Militärstützpunkten, mit denen sie das Land überzogen haben, steigen die B 52-Bomber auf, um die befreiten Gebiete in Kambodscha und Vietnam zu verwüsten, von hier aus werden die Verrätercliquen in Phnom Penh und Saigon mit Waffen und anderen Gütern versorgt. Auf den Schlachtfeldern in Kambodscha und Vietnam sterben thailändische Söldner als Kanonenfutter für die Interessen der US-Imperialisten.

In den Dörfern der weiten ländlichen Gebiete werden die Bauern, die den Hauptteil des thailändischen Volkes bilden, von den Großgrundbesitzern grausam ausgebeutet und unterdrückt. Die Wucherer und Großgrundbesitzer rauben ihnen das Land, pressen sie aus durch hohe Pachtzinsen und indem sie die Preise künstlich niedrig halten.

All dies hat die Empörung und den Kampf des thailändischen Volkes hervorgerufen. In seiner Erklärung faßt das ZK der KPTh die historischen Erfahrungen dieses Kampfes, der thailändischen Revolution, so zusammen: „*Nur wenn wir auf dem Weg des bewaffneten Kampfes die Macht erobern, d. h., die ländlichen Gebiete zur Einkreisung der Städte benützen, den bewaffneten Kampf in den Dörfern als Hauptform des Kampfes, kombiniert mit anderen Kämpfen führen, erst dann können wir die USA-Imperialisten vertreiben, die reaktionäre Regierung stürzen, die Volksregierung errichten und eine wahre unabhängige und demokratische Politik durchführen.*"

Vor neun Jahren begann das thailändische Volk unter Führung der Partei den revolutionären Volkskrieg. Im Kampf zerschlug die Volksbefreiungsarmee alle „Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge" des Feindes. 70 Millionen US-Dollar und 50 000 amerikanische Soldaten und Offiziere unterstützten das einheimische reaktionäre Regime. **Dennoch weitete sich der Volkskrieg aus und hat heute bereits 31 von 70 Provinzen erfaßt.** Im Nordosten des Landes bestehen bereits befreite Gebiete, in denen die ersten Keime der Volksmacht errichtet wurden. Diese Erfolge sind gleichzeitig ein großer Beitrag zur Unterstützung des Kampfes der Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam.

Der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus sehen sich ernsten Krisen gegenüber. Sie versuchen angestrengt, ihre Einflußsphären auszudehnen und kämpfen um die Welthegemonie. Ihr Abstieg ist unaufhaltsam. Der Haupttrend in der heutigen Welt ist die Revolution, hebt das ZK der KPTh hervor.

4 Arbeiter erschossen

12000 Arbeiter Südafrikas im Streik

Über 12 000 afrikanische Arbeiter der „Vaal Reef" Goldminen in Südafrika sind am 6. Januar in den Streik getreten. Die Arbeiter kämpfen gegen die unmenschliche Ausbeutung durch die Bosse des englisch-amerikanischen Monopols, in dessen Händen sich die Mine befindet.

Die Zwangsarbeitsgesetze des rassistischen Regimes – die Afrikaner können als „müßige" bzw. „unerwünschte" Personen in Arbeitslager gesteckt werden, es ist ihnen verboten Arbeitsverträge zu lösen, sie haben kein Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren – verschafft den ausländischen Monopolkapitalisten ungeheure Profite. Sie zahlen den afrikanischen Arbeitern nicht nur Hungerlöhne, die weit unter dem Existenzminimum liegen, sondern rauben ihnen auch noch 60% des Lohnes, den sie einbehalten und erst nach Ablauf der Arbeitsverträge auszahlen.

Rund um die Minen sind Lager errichtet worden, in denen die Afrikaner, getrennt von ihren Familien, unter der Aufsicht der Polizei mit bis zu 16 Personen in einem Raum zusammengepfercht, leben müssen. Es besteht striktes Verbot, diese Lager ohne Genehmigung zu verlassen. Der Streik der afrikanischen Arbeiter richtet sich gegen diese unmenschlichen Verhältnisse.

Um den Streik zu unterdrücken und seine Ausweitung zu verhindern, schickte das Rassistenregime Polizeitruppen in die Minen, die die Arbeiter mit Tränengas, Hunden, Schlagstöcken und Waffengewalt angriffen. **Die Arbeiter jedoch griffen ihrerseits die Polizeitruppen an und beantworteten die Gewalt mit Gewalt.** Im Verlauf der Kämpfe am 7. Januar ermordeten die Rassisten vier Arbeiter, verwundeten 13 und nahmen neun gefangen.

Der Terror des Rassistenregimes gegen die Arbeiter enthüllt einmal mehr sein wahres Gesicht. In die Enge getrieben durch den Befreiungskampf der Völker Angolas, Mozambiks, der Völker von Zimbabwe, Nambia und Azania gegen die weißen Rassisten, hat der südafrikanische Premierminister Vorster in der letzten Zeit viel von „Gleichberechtigung", „Frieden" und „Zusammenarbeit" geredet, um den afrikanischen Völkern weiszumachen, daß das Regime seinen Charakter geändert hat. Die Ereignisse von „Vaal Reef" zeigen, daß dies nur ein Tarnmantel war, den sich das Regime umgeworfen hat. **Bevor der Rassismus nicht mit der Wurzel ausgerissen ist und die Volksmassen in Afrika befreit sind, kann von „Frieden" und „Entspannung" im südlichen Afrika nicht die Rede sein.**

Schwere Niederlage für US-Aggressoren

Fortsetzung von Seite 1

Welt den USA-Imperialismus, der in der ganzen Welt und besonders gegen die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha unzählige Verbrechen begangen hat und noch begeht.

Vor zwei Jahren mußten die USA-Imperialisten das Pariser Abkommen unterzeichnen, weil ihnen das vietnamesische Volk in seinem heldenhaften Widerstandskrieg gegen die Aggression der USA, für seine Freiheit und Unabhängigkeit eine schwere Niederlage beigebracht hat.

Seit dieser Zeit haben die USA-Imperialisten und ihr Werkzeug, die Thieu-Clique, das Abkommen hunderttausendfach verletzt und die Bestimmungen des Pariser Abkommens gebrochen. Sie hofften darauf, bei den Völkern die Illusion zu erwecken, als ob der Krieg in Vietnam beendet sei und glaubten über ihre Untaten den Mantel des Schweigens breiten zu können, während sie in Wirklichkeit den Krieg fortsetzten und von Tag zu Tag intensivierten. Sie versorgten Thieu mit Dollars und Waffen und stationierten zehntausende von Militärberatern. Sie stifteten die Thieu-Clique an, die befreiten Gebiete zu überfallen, Stützpunkte und Posten auf ihrem Territorium zu errichten, um nach und nach Landstücke an sich zu reißen. In den von Saigon kontrollierten Gebieten herrscht der weiße Terror. Unter dem korrupten Regime Thieus leidet die Bevölkerung Hunger und Not. Der Krieg in Vietnam wird solange weitergehen, wie die USA-Imperialisten und die Thieu-Clique das Pariser Abkommen sabotieren.

In ihrer Propaganda versuchten die USA-Imperialisten den Eindruck zu erwecken, als ob die Bombardierung Loc Ninhs eine „einmalige" Aktion gewesen sei. In Wirklichkeit haben Flugzeuge der Thieu-Clique hundertfach Ziele in den befreiten Gebieten angegriffen und ihre Bomben immer auf dichtbesiedelte Dörfer, zivile Anlagen, Schulen und Krankenhäuser geworfen.

Vor kurzem meldete die Nachrichtenagentur von Kambodscha, daß Flugzeuge der amerikanischen Imperialisten und der Lon Nol-Clique Felder, Gärten und Wasserreservoirs mit chemischen Giftstoffen verseucht haben. **Die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha rief die Weltöffentlichkeit auf, diesen Völkermord der USA-Imperialisten zu brandmarken und zu verurteilen.**



Die von Saigoner Flugzeugen bombardierte Pagode Bao Loc

Die militärischen Operationen der Volksstreitkräfte Südvietnams zur Verteidigung der befreiten Gebiete und zu ihrer Säuberung von den Saigoner Eindringlingen sind zutiefst gerechtfertigt. Die Eroberung Phuoc Binhs durch die Volksstreitkräfte hat die USA-Imperialisten in große Unruhe versetzt. Sie haben mit ihrer Politik der Aggressionen eine vollständige Niederlage erlitten. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Volksstreitkräfte über 225 000 Söldner des Saigoner Regimes vernichtet, 13 militärische Untersektoren und Distriktstädte befreit, Tausende von Posten und Befestigungen des Feindes eingenommen und insgesamt 1 220 000 Menschen befreit. In Kambodscha befinden sich bereits 90% des Landes unter der Kontrolle der Königlichen Regierung der Nationalen Union. In den Städten und Dörfern der von den Verrätercliquen kontrollierten Gebiete haben sich hunderttausende zum Kampf erhoben, für den Rücktritt Thieus und die Einhaltung des Pariser Abkommens gekämpft und einen energischen Kampf gegen die Unterdrückung, Ausbeutung und den Verrat der Lon Nol-Clique geführt. **Ohne die Dollars und Waffen, ohne die Militärberater der USA-Imperialisten könnten sich diese Cliquen keine Minute am Leben erhalten, es sind einzig und allein die amerikanischen Imperialisten, die ihnen noch einen Funken Leben einhauchen.**

Die USA-Imperialisten bemühen sich, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, aber alle ihre Bemühungen sind zum Scheitern verurteilt. Die von ihnen ausgehaltenen Cliquen werden verschwinden und sie selbst aus den Ländern Indochinas vertrieben werden. **Die Völker Kambodschas und Vietnams werden in ihrem Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder den Sieg erringen.**

Aus aller Welt

SPANIEN

Am 8. Januar traten erneut 7 000 Arbeiter der Autowerke SEAT in Barcelona in einen Streik für höhere Löhne. Sie setzten damit ihren Kampf fort, den sie bereits seit drei Monaten gegen die SEAT-Kapitalisten führen. Mit kurzen Unterbrechungen waren die Arbeiter immer wieder in den Streik getreten, hatten Demonstrationen durchgeführt und sich gegen die Franco-Polizei verteidigt, die den Kampf mit Waffengewalt zu unterdrücken versuchte. Um die Arbeiter in die Knie zu zwingen, schlossen die Kapitalisten jetzt das Werk auf unbestimmte Zeit. Auch in Pamplona streiken die Arbeiter eines Kaliberwerkes. Als sich 1 000 Kollegen zu einer Demonstration formierten, wurden sie von der Franco-Polizei angegriffen, die Schüsse über ihre Köpfe abgab.

DHOFAR

Die Patrioten der „Volksfront zur Befreiung Omans" (PFLO) haben neue Erfolge in ihrem Kampf gegen die Truppen des reaktionären Scheichs errungen. Der Scheich ist eine Marionette in den Händen der Imperialisten, vor allem der englischen Imperialisten und wird von ihnen mit Waffen und Truppen unterstützt. Seit 1973 hat der Schah von Persien Truppen geschickt um den Befreiungskampf zu unterdrücken. Die Patrioten griffen vor kurzem einen Regierungsstützpunkt in der Provinz Dhofar an und töteten elf iranische und drei britische Besatzer, während sie selbst keine Verluste erlitten.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

für Winter: 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
für Sommer: 26,2 Meter
jeweils 20.00 – 21.00 und 21.00 – 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Mietwucher bei "Sozialwohnungen"

Nach einer neuen Rechtsverordnung der Bundesregierung können die Wohnungsbaugesellschaften seit dem 1. Januar 1975 die Mieten für „Sozialwohnungen", die vor 1962 bezogen wurden, um 0,80 DM pro Quadratmeter erhöhen. Hinzu kommen noch 0,30 DM Erhöhung für „Verwaltungs- und Instandsetzungspauschalen". Darüber hinaus kann durch höhere Anrechnung einer sogenannten „Verzinsung des Eigenkapitals" die Miete noch weiter verteuert werden.

Die durchschnittliche Erhöhung wird bei 1,10 DM pro Quadratmeter liegen. Diese unverschämte Verteuerung der Miete legt gründlich den Betrug mit den „Sozialwohnungen" offen und zeigt, wem der Staat mit seinen Rechtsverordnungen und Steuergeldern tatsächlich dient.

Bisher schon haben die meisten „Sozialwohnungen" pro Quadratmeter 4 bis 5 DM gekostet. Für eine Familie mit Kindern, die in einer 3 Zimmer-Wohnung von 65 qm lebt, bedeutet das eine monatliche Miete von ca. 290 DM. Ein Kollege von Opel zum Beispiel, der im Monat 1 000 bis 1 200 DM erhält, kann solche Wohnung nur unter Entbehrungen erschwingen. Die erneute Erhöhung der Sozialmieten aber bedeutet, daß er von nun ab 71,50 DM monatlich mehr zu bezahlen hat, im ganzen also über 360 DM. Und meistens ist das nur die Kaltmiete.

„Sozialmiete"? Ein Hohn ist das. Für die meisten Kollegen heißt diese Erhöhung noch mehr Überstunden machen und die Frau muß – trotz der kleinen Kinder – mitarbeiten, vorausgesetzt, man kann einen Kindergartenplatz ergattern, vorausgesetzt, die Frau findet überhaupt Arbeit. Für viele Kollegen aber bedeutet das jetzt, sich wieder nach einer billigeren Altbauwohnung, ohne Bad, ohne eigene Toilette und ohne Heizung umzusehen.

Wo aber bleiben die Gelder, die der Staat zur Unterstützung des „sozialen Wohnungsbaus" zahlt? Sie gehen an die großen Baukonzerne. Bereits beim Bau der Häuser geht das los: Sobald eine Wohnungsbaugesellschaft beim Staat eine Kalkulation vorlegt, bei der der Mietpreis eine bestimmte Summe nicht überschreitet, wird das wegen der „sozialen Leistung" des Konzerns honoriert: Zuerst einmal bekommt er den Titel „allgemeinnützig", seine Wohnungen heißen „Sozialwohnungen". Und dann fließt das Geld: Für den Bau gibt der Staat den Konzernen billige öffentliche Darlehen. Um diese Darlehen zu erhalten, erstellen die Baugesellschaften kurzerhand Kalkulationen, die frisiert werden, damit sie den Höchstmietpreis nicht übersteigen. Wenn der Bau dann steht, die Mieter eingezogen sind, kann ja laufend erhöht werden.

Doch damit nicht genug. Die Bundesländer zahlen bei „Sozialwohnungen" eine Unterstützung von 3 DM pro Quadratmeter. Dazu kommt dann noch eine „Aufwendungsbeihilfe" von ca. 1,50 DM pro Quadratmeter. Damit ist den Wohnungsbaukonzernen bereits ein Quadratmeterpreis von 4,50 DM sicher, auf den dann erst die eigentliche Miete aufgeschlagen wird, für die der Mieter ab Januar 5 bis 6 DM wird zahlen müssen, so daß die Wohnungsbaugesellschaften schließlich pro Quadratmeter 8 bis 12 DM kassieren – mehr als auf dem üblichen Wohnungsmarkt.

Besonders berüchtigt für unverschämte Mietpreise und ständige Mieterhöhungen ist die „Neue Heimat", der Wohnungsbaukonzern des Gewerkschaftsapparates. Ihm gehören hunderttausende Wohnungen. Dieser Konzern, von den Gewerkschaftsführern finanziert durch die Beiträge der Kollegen, zeigt nicht nur deutlich, daß der Gewerkschaftsapparat sowohl ökonomisch als auch politisch selbst zum Finanzkapital gehört. Er ist auch ein Beispiel dafür, wie das Finanzkapital sich vom Staat Profite zuschustern läßt, wie es Verordnungen, Gesetze usw. durch den Staat verfassen läßt, um die Werktätigen noch mehr ausplündern zu können, und wie dennoch das ganze als „allgemeinnützig", als „soziale Reform" usw. dargestellt wird.

Doch diese Maske des „sozialen" fällt desto mehr, je weiter die Krise voranschreitet. Heute schon stehen 350 000 Wohnungen in Westdeutschland leer, darunter tausende „Sozialwohnungen", während viele Werktätige in dunklen und feuchten Löchern hausen müssen, weil sie die Mieten nicht aufbringen können.

Je mehr sich diese Lage verschärft, desto breiter werden sich die Werktätigen dagegen erheben. In vielen Städten haben sich Mieterkomitees gebildet, die gegen die Mieterhöhungen kämpfen. Und die Lage wird sich noch weiter verschärfen. Bereits jetzt schon schreiben die Wirtschaftszeitungen, daß die Mieten von „Sozialwohnungen" in den nächsten Jahren auf 12 bis 13 DM pro Quadratmeter steigen werden. Tausende Menschen werden dadurch ihre bisherige Wohnung verlieren – und sie werden den Kampf aufnehmen, den Kampf gegen die Baukonzerne, gegen den Staat, gegen das kapitalistische System.



51. Todestag Lenins

Vor 51 Jahren, am 21. Januar 1924, starb der große Führer des Weltproletariats, Genosse Wladimir Iljitsch Lenin.

Er hat im Kampf gegen den Verrat der II. Internationale das revolutionäre Erbe des Marxismus verteidigt, den Marxismus lebendig weiterentwickelt und auf seiner Grundlage dem internationalen Proletariat ein Kampfprogramm für die Epoche des Imperialismus, den Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats und des Sozialismus gegeben.

Unter der Führung der von Lenin gegründeten und geleiteten bolschewistischen Kampfpartei, gelang es dem Proletariat im Bündnis mit den breiten Massen der Werktätigen zum ersten Mal in der Geschichte, seine Ausbeuter und Unterdrücker zu besiegen und davonzujagen und den ersten sozialistischen Staat zu gründen.

Nach dem Tode Lenins und Stalins haben in diesem ersten sozialistischen Land die modernen Revisionisten die Macht an sich gerissen und die sozialistische Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht, die Diktatur des Proletariats in eine faschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie verwandelt.

Das Vermächtnis Lenins aber lebt weiter in den Kämpfen des internationalen Proletariats und seiner wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien.

"Iran-Woche" in Hamburg

Savak-Agent zog Pistole und schoss

Im Rahmen der „Iran-Woche" in Hamburg, einer Propagandashow für das faschistische Schahregime, fand vom 7. 1. – 15. 1. auch eine Ausstellung statt, auf der die „Erfolge" der „weißen Revolution" des Schah propagiert werden sollten. Diese „Erfolge" sind den Völkern der Welt allerdings gut bekannt: Hunger, Armut, tiefstes Elend für die werktätigen Massen im Iran, 40 000 politische Gefangene in den Kerkern des Schah, jede Woche werden im Iran zwei fortschrittliche Oppositionelle hingerichtet.

Um der Provokation, diese Verbrechen des Schahs gegen die Völker des Iran auch noch zu verherrlichen, eine gebührende Antwort zu erteilen, „besuchten" auch Genossen der CISNU, der Partei und andere Antiimperialisten diese Ausstellung. Das Ausstellungs„personal" bestand aus Agenten des Schah-Geheimdienstes Savak. Sie konnten nicht verhindern, daß unter Parolen gegen das Henkerregime des Schah und gegen die Zusammenarbeit des westdeutschen Imperialismus mit dem Schahregime die Ausstellung völlig zerstört wurde.

Ein Savak-Agent zog die Pistole und schoß den abziehenden Genossen nach. Es ist unklar, ob er einen gezielten Schuß abgeben wollte. Unabhängig davon zeigt der Vorfall, daß die Bonner Regierung, um die Geschäfte des westdeutschen Imperialismus nicht zu stören, die Bundesrepublik zum Tummelplatz für Savak-Agenten macht. Und nicht nur das: sie unterstützt aktiv den Savak-Terror gegen iranische Patrioten in unserem Land. Seit langem plant sie, die CISNU wie bereits GUPA und GUPS zu verbieten.

Über 50 000 Flugblätter wurden während der sogenannten „Iran-Woche" in Hamburg verteilt. Eine Aktionseinheit, an der außer der CISNU und der Partei auch die GRF beteiligt war, rief zu einer Demonstration auf, an der über 600 Menschen teilnahmen.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....
Beruf ....
Postleitzahl/Ort ....
Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/44 51 62.

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/465 28 07 , Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltung

Karlsruhe:
Veranstaltung zu den Tarifrunden und zum Aufbau der RGO am Montag, 20. Januar, 20 Uhr, Clubraum des ASV Daxlanden, Kornweg, Abzweigung Pfalzstraße.

Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

Literatur und Zeitschriften aus den Volksrepubliken China und Albanien

Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN

ENVER HOXHA
Ausgewählte Reden und Aufsätze
Im Verlag Roter Morgen erschienen

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72 – 207
Tel.: 040 / 4 10 17 36

Zeitschriften aus China

PEKING RUNDSCHAU

Eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.

CHINA IM BILD

Eine Monatsschrift im Großformat mit reichem Bildmaterial über Chinas neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus auf verschiedenen Gebieten.

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.